

"Was für ein alter,
längst bekannter
Plunder! Was für eine
'linke' Kinderei!"
W.I. Lenin;
27.4.1920

TATblatt

Projekt
Zweitageszeitung
alle 14 Tage
brandaktuell
Unabhängige Initiative
Informationsvielfalt
Gumpendorferstraße
157/11
1080 Wien
Tel.: (0222) 56 80 78
Konto: PSK 7547 212

MINUS 28 NUMMER

(11/92)

16. JUNI 1992

PREIS: ÖS 15,—

H. Köhler, Koordinator des WWG: "Dieser Gipfel wird keinen neuen Nord-Süd Dialog institutionalisieren, doch es gibt mehrere gemeinsame Interessen zwischen Industrieländern und Entwicklungsländern, die von Umweltfragen über Wirtschaftswachstum, Drogenbekämpfung bis zur Kontrolle der Immigration und der Bekämpfung von Seuchen."
Näheres dazu im Blattinneren

Feuer und Flamme dem Weltwirtschafts- gipfel 1992 in München!

Volksport aus Salzburg:

zweimal gescheppert hats
wir haben in der nacht von samstag 6. juni auf sonntag
7. juni eine scheinbe der fpö zentrale zerstört, und unsere
ansichten über fassadengestaltung mit farb verwirklicht.
außerdem erhöhten wir mittels benzin, die oberflächen-
temperatur einiger fpö plakatständer.

in der nacht von montag 8. juni auf diensttag 9. juni
suchten wir die parteizentrale ein zweites mal heim. kunst-
voll verzierten wir das große leuchtschild mit dem partei-
amen drauf, mit einem loch in der mitte. weiters gefiel uns
die monotone fassadengestaltung vom letzten mal nicht
mehr, und so entschieden wir uns für eine neue farbe.

hintergrund für diese aktionen sind der wachsende
neofaschismus, welcher durch die fpö salonfähig gemacht
wird. durch die aussagen eines mölzers zur umvolkung
oder eines parteiobmannes haider, mit seiner lobeshymne
auf die beschäftigungspolitik im dritten reich, wird der
faschismus tag für tag verharmlost. die neue kampagne
der fpö gegen spekulanten und wohnungsnot, wird ge-
stützt durch eine hetze auf sozial schwache und andere-
minderheiten wie ausländerInnen etc.. diese hetze neh-
men wir nicht mehr länger schweigend hin. es geht uns in
unseren aktionen und erklärungen darum, die bevölke-
rung auf das faschistoide gesicht der fpö aufmerksam zu
machen, und sie zum nachdenken zu bewegen. wir werden
alle arten des faschismus auf allen für uns möglichen
ebenen angreifen.

kein fußbreit den faschisten
nie wieder ostmark
der kampf hat begonnen

AMZ

(autonome militante zellen)

Was noch in dieser Nummer:

- # Öko-Imperialismus -- Die Militarisierung der ökologischen Frage
- # Flüchtlingsberatung in Traiskirchen
- # Eine Erklärung zu einer weiteren FPÖ Beanspruchung, diesmal in Innsbruck
- # Zum Wort "Asylant"
- # Mannheim-Schönau -- ein neues Hoyerswerda
- # Serie Bevölkerungspolitik 2. Teil
- # Die Autopartei in Österreich
- # Viele (Kurz)meldungen von hier und anderswo
- # ein Comix, Termine und anderes...

Nun auch das noch: Autofahrer Parteien in Österreich !

(Militant Antifa Bikers)

Bei den letzten Schweizer Bundeswahlen konnte die "Schweizer Auto Partei/Die Freiheitlichen" ihren Stimmenanteil von 2,6% auf 5,1% steigern und zog mit 8 Abgeordneten ins Bundesparlament ein. Die Schweizer Auto Partei ist gegen einen EG-Beitritt, fordert einen starken Staat im Kampf gegen Drogen und Kriminalität und machte nicht zuletzt die "Asylfrage" zum Thema ihres Wahlkampfes. Ihr Eintreten für einen hemmungslosen Individualverkehr und das bewußt anti-ökologische Image der Partei sind die bedeutendsten Unterschiede zu anderen Rechten, hier sind Streitereien vorprogrammiert.

Nach einem solchen Wahlerfolg für eine Schweizer Autopartei, ist es auch nicht verwunderlich, daß nun auch in Österreich 3 Autoparteien ihr "Unwesen" treiben:

* die vergangene Woche im Zuge einer Pressekonferenz vorgestellte "Österreichische Autofahrer- und Bürgerinteressenpartei (ABP)".

Eine der Hauptforderungen: "mehr Straßen dort, wo es sich staut, damit es sich nicht mehr staut" (!!). Mensch distanziert sich aber vom rechten Flügel der Schweizer Autopartei. Parteivorsitzender: Franz Horneck.

* die durch einen Artikel im Wiener Be-

zirksjournal sehr bekanntgewordene "Döblinger Initiative Autofahrer Rechte (DIAR)". Auf diese Partei möchten wir nun etwas näher eingehen. Ein Grund dafür ist die Person des Parteivorsitzenden, des Hausverwalters Dr. Georg Gasser. Dieser war Mitglied der Anfang der 80er Jahre verbotenen neonazistischen Aktion Neue Rechte (ANR). 1977 wurde er nach Auseinandersetzungen auf der Wiener Universitätsrampe mit gezogener Gaspistole verhaftet. Ende der 80er Jahre war Dr. Georg Gasser im Vorstand der rechtsextremen Zeitung "National Konservative Nachrichten, Zeitung der National-Konservativen Union (NAKU)" aktiv. Einer Zeitung die mensch als "rechtes Zentralorgan" verstehen könnte, so wird/wurde nicht nur über FPÖ-interne Angelegenheiten, sondern auch über SOS Steinhauser, Liste "Nein zur Ausländerflut", usw. berichtet.

Der andere Grund sind zwei Aussendungen der DIAR. In der ersten wird erklärt worum es eigentlich geht: "Es geht darum, die Terroraktionen der sozialistischen Stadtverwaltung und ihres ökobolschewistischen Anhängsels (außen grün und innen dunkelrot) gegen den motorisierten Individualverkehr zu verhindern" denn "es gibt etwa 600.000 KFZ-Halter in Wien. Rechnet man noch für jeden KFZ-Halter eine am Auto interessierte Person dazu, so sind

diejenigen, die am Individualverkehr ein massives Interesse haben bereits in einer Zweidrittelmehrheit". In der zweiten Aussendung zeigt mensch sich erfreut über den Ausgang der BundespräsidentInnenwahl, die zeigt "wie unzufrieden die Bürger der Bundeshauptstadt mit dem "Wiener Stadt-sowjet" (...) sind. Die Zeit ist reif für die DIAR, denn "nach den chaotischen Zuständen an den Schulen und der von der

Parken Sie in Zukunft Ihren Blechhaufen bitte so, daß Sie Andere nicht behindern.

Bei Wiederholung schmeiß ich Ihre Karre auf den Müll!

Mehrheit der Bevölkerung abgelehnten "multikulturellen Gesellschaft" rangiert das Verkehrschaos gleich an dritter Stelle der Bedürfnisse der Wiener Bürger." In Zukunft will die DIAR Aktionen gegen "das Parkpicken! in der Innenstadt und die gesundheitsgefährdenden Laserpistolen der Polizei" durchführen.

* die Salzburger Autofahrerpartei. Über deren Programm uns leider nichts bekannt ist.

Folgende Erklärung bekamen wir aus Innsbruck zugeschickt:

ein paar sprühparolen, eine zerbrochene fensterscheibe — eigentlich ist das nichts, wenn es gegen eine partei gerichtet ist, die in immer schlimmerem maße tagtäglich eine faschistische hetze gegen ausländer/innen, asylant/inn/en, flüchtlinge, "sozialschmarotzer/innen", "unproduktive", "leistungsunwillige", "giftler/innen", gegen "kriminelle", "randalierer/innen" und "chaot/inn/en" betreibt. dieser aus einem mischmasch hardcore-kapitalistischer und nationalistisch-rassistischer ideen entstehenden verschärfung des systemimmanenten faschismus muß irgendwann einmal etwas entgegengestellt werden. die sprühparolen, die zerbrochene fensterscheibe sollen nur ein hinweis darauf sein, daß es leute gibt, die dem treiben dieser partei nicht mehr länger einfach nur so zusehen wollen, die dazu bereit sind, sich und andere gegen diese form der politik zu verteidigen. vor allem jetzt, wo die fpö in richtung övp schießt, um in die regierung zu kommen, muß gezeigt werden, daß es menschen gibt, die spätestens dann dazu bereit sind, die einzige lebensform zu wählen, die dann antifaschistische überzeugungen noch zulassen, nämlich die des lebens im auch militanten widerstand — wer den kampf will, der soll ihn haben. wir hoffen, daß das heute nur ein anfang war.

einige sozialschmarotzende, kriminelle, chaotische autonome antifaschist/inn/en

23.5.92
Auf das schärfste verurteilt der freiheitliche Landtagsabgeordnete Horst Wendling die in der Nacht von Montag auf Dienstag erfolgte Schmieraktion in der Innsbrucker Altstadt. Im Bereich des

Schmieraktionen verurteilt

Parolen gegen FPÖ und Nazis

Büros der FPÖ-Landesgeschäftsstelle und in der Schlossergasse wurden mit Spraydosen in großer Schrift Anti-FPÖ- und Anti-Nazi-Parolen auf Hauswände geschmiert. Wendling ortet in dieser Nacht- und Nebel-Aktion eine Fortsetzung einer Aktion gegen die „freiheitliche Gesinnungsgemeinschaft“. Der Landtagsabgeordnete fordert deshalb die Exekutive auf, „diesem demokratiefeindlichen Spiel mit allen Mitteln zu begegnen und ein Ende zu setzen“.

BRD/Mannheim-Schönau: BürgerInnen blasen zu einem neuen Hoyerswerda Vom deutschen Rechtsempfinden

(TATblatt-Ffm)

In Deutschland herrscht wieder Pogromstimmung. Seit über zwei Wochen versammeln sich Mannheimer BürgerInnen allabendlich vor der im Stadtteil Schönau gelegenen AsylbewerberInnen-Unterkunft, um mit ausländerfeindlichen Parolen und tätlichen Angriffen auf das Heim und seine BewohnerInnen ihren rassistischen Aggressionen Luft zu machen. Längst hat der alltägliche Terror die Straße für die überwiegend aus Bosnien, Albanien, Mozambique und Ghana stammenden Flüchtlinge zu lebensbedrohlichen Terrain gemacht, das vermeintliche Friedensexil hat sich in ein (neues) Kriegsland verwandelt.

Der Hetzzug gegen die in einer ehemaligen Kaserne untergebrachten "Zentrale Aufnahmestelle Baden-Württemberg" begann mit dem Gerücht, ein in der Unterkunft lebender Ghanese habe eine 16jährige Schönauerin vergewaltigt. Ein Gerücht, das für eine Gruppe von Jugendlichen Anlaß genug war, um mit Stöcken bewaffnet gegen das Schönauer Heim loszustürmen und lautstark nach Selbstjustiz zu verlangen. Nachdem erst ein massives Polizeiaufgebot diesen Sturmangriff gerade noch einmal Einhalt gebieten konnte, kam es nur zwei Tage später zu einer erneuten Eskalation: Ausgerechnet eine ebenso traditions- wie alkoholreiche Vatertagsfeier wurde zum Ausgangspunkt eines wahren Feldzugs, bei dem sich die größte Menge schließlich zu allem entschlossen zeigte. Etwa 400 überwiegend aus der unmittelbaren Nachbarschaft stammende Personen skandierten rassistische Parolen, warfen Steine und Flaschen und versuchten, in die Kaserne einzudringen. Erst nachdem Sondereinheiten der Polizei das Gelände hermetisch abgeriegelt hatten und sich der herbeigeeilte Mannheimer Oberbürgermeister Widder in beschwörerischem Ton an seine "lieben Mitbürger" wandte, löste sich die fanatische Ansammlung wieder auf.

Am nächsten Tag gab Widder auf einem Flugblatt den SchönauerInnen bekannt, daß der Vergewaltiger des Mädchens kein Asylwerber, sondern ein Zivilamerikaner gewesen sei. Die bisherigen Vorfälle veranlaßten ihn jedoch lediglich zu der naiven Aufforderung, nicht mehr vors Lager zu kommen, damit "Unbeteiligte" nicht in mögliche Polizeieinsätze verwickelt werden. Verändern will der Oberbürgermeister nicht die Einstellung der BürgerInnen, sondern die "Ordnung im Asylager": nach neuerlichen nächtlichen Ausschreitungen nimmt diese Neuordnung in der Abspernung der Zufahrtsstraße, in der Verdoppelung der Geländeumzäunung und im Verbot für Flüchtlinge, das Heim zu verlassen, ihre repressive Gestalt an. Die von der Polizei umstellte, von der Außenwelt abgeschirmte Kaserne nimmt endgültig die Ge-

stalt eines Konzentrationslagers an.

Der mediale Mantel des Schweigens, der die Schönauer Ereignisse von Anfang an zudeckte, geht auf die systematische Nachrichtenensperre zurück, die der Mannheimer Oberbürgermeister zusammen mit dem Polizeipräsidenten und dem Leiter des Flüchtlingsheims organisierte. Diese Vertuschungs- und Verheimlichungsstrategie hat mittlerweile System wie die rassistischen Übergriffe selbst. Sowenig wie die bürgerlichen Medien über die fortgesetzte Serie von



Schüssen und Brandanschlägen auf AsylantInnenheime (in Waldkirch, Trier, Haldensleben, Patz, Eilenburg, Essen oder Drebkau) berichten, so wenig berichten sie über den Anfang April in Potsdam von einer Gruppe Skinheads überfallenen und schwer verletzten Kubaner, den in Worms von Faschisten auf offener Straße niedergestochenen Türken oder den von 50 Deutschen in Bayreuth überfallenen AsylbewerberInnen. Rassistische Ausschreitungen sind maximal noch eine Randnotiz wert, selbst Todesopfer — wie der im März in Rostock von "deutschen Jugendlichen" erschlagene Vietnameser, der in Frankfurt/Oder ermordete Afrikaner oder der 23jährige Deutsche, den Mitte Mai ein faschistischer Überfall in Magdeburg das Leben kostete — verschwinden im "Lokales"-Teil. Während allerorts die "großen Diskussionen" um eine Grundgesetzänderung und einen EG-verbindlichen Asylpolitik-Entwurf geführt werden, ergänzen sich PolitikerInnen, Polizei und bürgerliche Medien in ihrer Taktik des Verschweigens und Verleugnens in zynischer wie herrschaftsidealer Weise: Rassistische Gewalt wird verharmlost und aus dem öffentlichen Blick und Bewußtsein verdrängt.

Zugedeckt und verschwiegen muß diese Gewalt umso mehr werden, als sie sich immer häufiger und offensichtlicher nicht um

antidemokratische "Übergriffe" rechtsextremer Gruppen handelt, sondern um das bürgerliche Produkt einer normierten und normalisierten Politik. Auch die Ereignisse in Schönau offenbaren einen Rassismus, der dem Denken und Handeln von "ganz normalen" BürgerInnen entspringt. Rassistische Stimmungen und deren Umschlagen in offene Gewalt sind heute längst keine Randerscheinungen der Gesellschaft mehr, sondern zentrale Momente ihres gesellschaftlichen Funktionierens. Wo die Reibungslosigkeit dieses Funktionierens durch die Alltäglichkeit von Arbeitslosigkeit, Drogenkonsum und sozialen Mißständen ins Stocken gerät, vermag dieses zentrale Moment freilich eine unberechenbare Eigendynamik zu entfalten und das Umschlagen von der strukturellen in die offene Gewalt zu forcieren. Die gesellschaftspolitischen Weichenstellungen für dieses Umschlagen können zweifellos nicht geleugnet werden: Daß sich die Stadt dazu entschlossen hat, die AsylantInnenunterkunft in einem derart kon-

fliktüberladenen Stadtteil wie Schönau zu errichten, und daß die Entscheidung noch dazu unmittelbar mit der Ablehnung eines Schönauer Arbeitslosenprojekts verknüpft war, das sich ebenfalls in der Kaserne ansiedeln wollte, hat die aktuelle Explosion zwei-

fellos vorprogrammiert.

Doch auch wenn die politische Verantwortungslosigkeit, die in solchen Entscheidungen zum Ausdruck kommt, zu Erklärungsmustern nach dem Reiz- bzw. Überreizungs/Reaktionsschema verführt, kann es primär nicht um ein — in der letzten Zeit wieder erschreckend populär gewordenes — Verständnis für die "zum Rassismus Getriebenen" gehen: Rassismus ist und bleibt irrational und stellt als solches eine unberechenbare Bedrohung dar. Das offizielle Desinteresse an einem antirassistischen Engagement, das sich entschlossen und offensiv gegen diese Bedrohung und für die davon primär betroffenen Flüchtlinge und EmigrantInnen und deren Rechte einsetzt, stellten Polizei, Politiker und Medien allerdings auch in Mannheim einmal mehr unter Beweis. Während die "lieben Bürger" unbehelligt ihren rassistischen Gelüsten vor der AsylbewerberInnenunterkunft nachgehen können, werden die gleichfalls anwesenden GegendemonstrantInnen von der Polizei tagtäglich strengstens überwacht. AntifaschistInnen werden verprügelt, ohne Angabe von Gründen verhaftet und einer



Presseerklärung zu den Ereignissen in Mannheim und Schönau, 7.6.92

erkennungsdienstlichen Behandlung unterzogen. So wenig aus der Presse über die rassistischen Angriffe und deren Ursachen zu erfahren war, so beredsam zeigen sich nun die Medien bei ihren Berichten über "reisende Gewalttäter", "Randalierer" und "Militante aus der autonomen Szene". Nichtsdestotrotz versammeln sich am Samstag etwa 500 Menschen in der Mannheimer Innenstadt, um mit einer Spontandemonstration die Notwendigkeit und Entschlossenheit antirassistischen Widerstands unter Beweis zu stellen. Ebenso entschlossen stellt die Polizei die offizielle Kampf-



nung unter Beweis: Sie gilt nicht dem Rassismus, sondern dem Widerstand dagegen. Zur gleichen Zeit, da die Polizei Schönau BürgerInnen nahezu freien Zugang zur AsylbewerberInnenunterkunft gewährt, wird die Innenstadt von mehreren Hundertschaften der zur Aufstandsbekämpfung trainierten Kommandos unter brutalstem Schlagstockeinsatz geräumt. Wahlos wurden DemonstrantInnen wie PassantInnen zusammengeschlagen, von Polizeiwagen angefahren oder durch eine der ziellos eingesetzten Hundestaffeln verletzt. Nach dem etwa dreistündigen Einsatz der SEK-Trupps, bei dem bis zuletzt einzelne Personen durch die Straßen gejagt wurden und unaufhörliches Sirengeheul und Blaulicht die Stadt erfüllte gab es ca. 60 zum Teil schwer Verletzte und etwa 160 Festnahmen. Trotz dieser abschreckenden Brutalität und dem damit verbundenen Psychoterror finden sich nach wie vor allabendlich nicht nur BürgerInnen, sondern auch AntifaschistInnen vor dem Flüchtlingsheim ein, um der rassistischen Bedrohung zumindest ein Stück aktiver Solidarität mit den Betroffenen entgegenzusetzen. Und für Samstag, den 13. Juni, ist neuerlich zu einer bundesweiten Demonstration in Schönau aufgerufen.

**Kein neues Hoyerswerda!
Gegen Rassismus und Faschismus!
Für offene Grenzen und Bleiberecht für alle!**

Seit dem 28. Mai versammeln sich BewohnerInnen des Mannheimer Stadtteils Schönau vor dem Flüchtlingswohnheim in der Lilienthaler Straße. Zusammen mit teilweise organisierten Neo-Nazis äußern sie ihren Rassismus, randalieren vor dem Sammellager und schüren eine Pogromstimmung, die an die Ereignisse in Hoyerswerda erinnert.

Am Donnerstag, 28.5., versammelte sich ein betrunkenen Mob, überwiegend aus der direkten Nachbarschaft, vor dem Flüchtlingsheim. Die ca. 400 Personen skandierten rassistische und faschistische Parolen und versuchten, das Lager anzugreifen. Nur durch das Herbeiziehen von Sondereinheiten der Polizei konnte verhindert werden, daß die "lieben MitbürgerInnen" (Originalton des herbeizitierten Oberbürgermeisters Widder) in diese ehemalige Kaserne eindringen und die Flüchtlinge mißhandeln konnten. Seitdem versuchen bis heute jeden Abend Teile der Schönauer Bevölkerung in Unterstützung von Neo-Nazis das Flüchtlingsheim anzugreifen bzw. zu stürmen.

Trotz der zeitweilig mit drei Hundertschaften präsenten Polizeikräfte konnten Angriffe nicht verhindert werden. Es wurden mehrere Scheiben des Wohnheims eingeworfen und es gelang einer Gruppe Faschisten trotz der angeblichen Schutzmaßnahmen der Polizei, nachts ein Loch in den Zaun zu schneiden und in das Gelände einzudringen.

In der Nacht vom 4.6. auf den 5.6. konnte die Polizei gerade noch rechtzeitig eine Gruppe bewaffneter Neo-Nazis festnehmen, die im Begriff war, das Gelände anzugreifen.

Die Reaktion der Polizei und der Stadt Mannheim auf den offenen Rassismus in Teilen der Bevölkerung beschränkt sich auf das Absperrn der Zufahrtsstraße zum Flüchtlingsheim, dem Verbot für die Flüchtlinge, das Heim zu verlassen, und eine fast lückenlos gefälschte Berichterstattung für die Medien, mit der jegliche Solidaritätsbewegung für die bedrohten Flüchtlinge verhindert werden soll.

Das Sammellager in der Lilienthaler Straße befindet sich in einem der sozialen Brennpunkte der Stadt Mannheim. Der überproportionale Anteil an Arbeitslosigkeit verursacht eine Unzufriedenheit in der Bevölkerung, die ihren Ausdruck zT. in einem offenen Rassismus findet. Die unsoziale Politik der Bundes- und Landesregierung, vor allem der von oben geschürte Rassismus, führte in Schönau zu einem Wahlergebnis von 15,9% für die faschistische Partei der "Republikaner" bei den Landtagswahlen im Frühjahr '92.

Daß in einem Stadtteil, in dem sozialer Mißstand, hoher Drogen- und Alkoholkonsum und ein offener Rassismus zu Alltag gehören, von der Stadt eingerichtet wurde,

macht die Zielrichtung der Verantwortlichen deutlich. Gemäß einem rassistischen Gerichtsurteil des OVG Schleswig vom 18.10.91, nach dem Asylwohnheime eine Mietminderung und eine Beeinträchtigung nachbarschaftlicher Belange bedeuten und die Einrichtung somit unzulässig ist, werden Sammellager ausschließliche in solchen Teilen der Städte eingerichtet, in denen die gesellschaftlich Untenstehenden leben. Durch diese Politik sind Angriffe und massiver Rassismus vorprogrammiert — und beabsichtigt!

Konkret für Schönau gilt, daß schon bevor das Sammellager eingerichtet wurde, Oberbürgermeister Widder arbeitslose Jugendliche, die die leerstehende Kaserne zum Autoschrauben mieten wollten, auspielte. Direkt nach der schriftlichen Bitte der Jugendlichen verkündete er, daß dem Gelände ein Asylheim eröffnet würde. Kurz darauf organisierte die "Nationale Front", eine radikal-faschistische Partei, eine Veranstaltung mit der Aussage, AusländerInnen würden Arbeitslosen vorgezogen. Dieses Vorgehen der Stadt Mannheim lieferte in Verbindung mit der Vergewaltigung einer Frau den Funken für das Ausbrechen der rassistischen Angriffe.

Seit Bekanntwerden der Angriffe sind mehrere anti-rassistische/anti-faschistische Gruppen vor Ort, um das Lager vor dem Mob zu schützen und Solidarität mit den Flüchtlingen, überwiegend Menschen aus Albanien und Schwarzafrika, zu zeigen. Trotz der Behinderungen durch Polizei und Lagerleitung ist es uns gelungen, Kontakt mit den Flüchtlingen aufzunehmen, und ihnen zu zeigen, daß der Rassismus in der Gesellschaft zwar Konsens ist, es aber auch Leute gibt, die sich bewußt gegen die menschenverachtende Politik und Asylgesetzgebung stellen.

Bis zu 150 Personen versuchen allabendlich eine Gegenöffentlichkeit zu schaffen, führen Protestdemonstrationen im Stadtteil Schönau durch und reden mit den Flüchtlingen, um ihnen zumindest einen Teil ihrer Angst zu nehmen. Die staatliche Reaktion auf solche anti-rassistischen Initiativen ist die offene Stellungnahme zugunsten des rassistischen Teils der Bevölkerung. Während einer Protestversammlung in Schönau am Abend des 3.6. wurde der Mob von den Polizeieinheiten geschützt und zwei Antifaschisten verhaftet und mißhandelt, nachdem sie zuvor bei einem grundlosen Schlagstockeinsatz schwer verletzt wurden.

In der Nacht vom 5.6. auf den 6.6. wurde eine Gruppe von ca. 20 AntifaschistInnen, die sich vor dem Heim versammelt hatten und mit den Flüchtlingen redeten, von einer Sondereinheit der Polizei ohne Begründung festgenommen und erkennungsdienstlich behandelt. Sie wurden teilweise über acht Stunden festgehalten.

Die Medien halten sich in ihrer Berichterstattung ausschließlich an die spärlich, vor allem nicht zutreffenden Polizeiberichte. Unkritisch, Wahrheiten verschweigend und nicht selbstständig bzw. objektiv recherchiehend, wird das Bild von "anreisenden Gewalttätern", "gewaltbereiten Autonomen" usw. verbreitet, wird versucht, FaschistInnen und Anti-RassistInnen auf die gleiche Stufe zu stellen. Die Polizei und die Stadt werden als diejenigen präsentiert, die eine "friedliche Lösung des Problems" wollen.

Kaum ein Bericht macht offen, was die Ursachen für unsere Präsenz sind, kaum ein Artikel berichtet über die Situation und die Angst der Flüchtlinge, hinterfragt die staatliche Politik und den durch das Verhalten der Verantwortlichen geförderten Rassismus. Wie sehr Oberbürgermeister Widder

(SPD) an der "friedlichen Lösung des Problems" interessiert ist, zeigt sich an seiner Reaktion auf die die Belagerung auslösende Vergewaltigung einer Bewohnerin Schönau durch einen Zivilamerikaner. Diese wurde einem Flüchtling unterstellt. Kurzerhand beschloß OB Widder, daß ab sofort ausschließlich Familien im Lager aufgenommen werden. Obwohl sich Politiker im allgemeinen zu Vergewaltigungen nicht verhalten, werden hier auf einmal alleinstehende Flüchtlingmänner zum ausschließlichen Problem hochstilisiert, um rassistische Tendenzen in der Bevölkerung zu legitimieren.

Parallel zur kontinuierlichen Anwesenheit anti-rassistischer/anti-faschistischer Gruppen vor dem Lager wurde eine bundesweite Demonstration gegen Rassismus

und Ausländerfeindlichkeit und für ein Bleiberecht für alle Flüchtlinge vorbereitet. Die Demonstration, die von Gruppen aus vielen Städten der BRD getragen wurde, sollte am Samstag, 6.6., vor dem Lager in Schönau beginnen, durch den Stadtteil führen und mit einer großen Mahnwache vor dem Lager enden. OB Widder ließ die Demonstration kurzerhand verbieten, besorgt um die "Sicherheit und Ordnung" der Stadt — nicht der Flüchtlinge.

Aufgrund des Verbotes für den Stadtteil Schönau versammelten sich am Samstag gegen 19.00 Uhr ca. 500 Menschen auf dem Paradeplatz in der Mannheimer Innenstadt. Etwa 230 DemonstrantInnen wurden im Verlauf des folgenden Polizeieinsatzes festgenommen.

(Immer dieses Gejammere
- wir machen Fest. weils
spas macht!!
TATblatt - HC's)

Das TATblatt braucht Geld für Bezahlung von einem verlorenen Prozeß, weiters zur Aufrechterhaltung der 2-wöchentlichen Zeitungsproduktion, Bezahlung von offenen Rechnungen etc... deshalb

TATblatt-Solifest

Freitag, 19. Juni 92, ab 19^h

Vorraum des Audimax der TU, 6., Getreidemarkt 9

"...daß alle Wände wackeln!!!"

es spielen auf:

* Nar Malik

(Wien)

* Lion Horse Posse

(Polit-Hip Hop vom feinsten aus Milano, Italien)

* Zille 24

(Wien)

anschließend Disco

DER "DRITTE WELT" KRIEG

Die Rüstungspolitik der G7

(TATblatt, Radio Durruti)

1990 betrugen nach Angaben des Stockholmer SIPRI-Instituts die weltweiten Rüstungsausgaben knapp 1000 Milliarden Dollar. Der Betrag hätte ausgereicht, um die Gesamtverschuldung der sog. Dritten Welt zu 4,5 zu tilgen.

Allein 60% der globalen Militärausgaben gingen 1990 auf das Konto von USA und Sowjetunion. "Nur" etwa 15% der Weltüstungsausgaben entfallen auf die Länder der "Dritten Welt". Von den 130 Milliarden Militärausgaben der Entwicklungsländer sind 50 Milliarden oder 40% auf die Länder Ägypten, Indien, Iran, Irak, Israel, südkorea und Taiwan konzentriert. (Faz 12.10.91)

Während bei den Entwicklungsländern die Militärausgaben bereits seit Mitte der 80er Jahre rückläufig sind, ist von Abrüstung und Konversion bei USA und NATO zwar viel die Rede, aber nichts zu sehen. Die USA gaben allein für neue Waffen im vergangenen Jahr 5,9 Mrd. Dollar mehr aus als 1990. (Zum Vergleich: US-Entwicklungshilfe 11,4 Mrd. \$). Lediglich die Personalausgaben der Armee wurden gekürzt. Insgesamt verpulverten die USA allein für neue Waffenbeschaffungen (also reine Rüstungsaufträge) 136,7 Mrd. \$, doppelt so viel, wie alle Industrieländer zusammen pro Jahr für Entwicklungshilfe ausgeben. (1990: 64 Mrd. \$).

Der Gesamtetat der USA im Haushaltsjahr 1991 für ihre schimmernde Wehr betrug 295 Mrd. \$ (SZ, 30.1.91). Die Kürzungen gegenüber den Jahren der Systemkonkurrenz sind marginal. Die G7-Länder zusammen haben ihre Militärausgaben seit dem Sieg im kalten Krieg sogar noch erhöht. Die "Dritte Welt", die mit ihren Zinszahlungen in den 80er Jahren einen Teil des Staatsdefizits und des Wettrüstens zwangsmittelfinanzieren mußte, wartet vergeblich auf die Auszahlung der versprochenen "Friedensdividende". Neue Kriegsanleihen sind angesagt, neue Pentagon- und NATO-Konzepte werden aufgelegt. Wahnsinnsprogramme wie SDI, Stealth-Bomber und Jäger 90 werden fortgeführt. Diese Rüstung tötet schon im Frieden. Willy Brandt in seinem Buch "Der organisierte Wahnsinn": "In der einen Billion Dollar, die in diesem Jahr weltweit für Rüstung ausgegeben werden, steckt das Todesurteil für Millionen unserer Mitmenschen. Die Mittel, sie leben zu lassen, werden durch die Waffen absorbiert". Und das Stockholmer Friedensforschungsinstitut SIPRI konkretisiert in seiner Untersuchung zum Weltüstungs-état: "Für nur fünf Tage dieser Ausgaben könnte man für die Bevölkerung der "Dritten Welt" die sanitäre Versorgung und sauberes Wasser sicherstellen. Und für neun Stunden Rüstungsausgaben könnten alle Kinder geimpft und damit im Jahr eine Mil-



lion Menschen vor dem Tod bewahrt werden." (FAZ 12.10.91).

Doch die Industrieländer ziehen andere Formen der Krisenbewältigung vor: Waffentieferungen und Militärberater für reaktionäre Regimes und korrupte Herrschaftseliquen und notfalls eigene Eingreiftruppen und Militäraktionen sollen für Ruhe und Ordnung in den Welthinterhöfen sorgen. Leeres Getöse, wenn Entwicklungshilfeminister Spranger (CSU) versichert, er wolle kein Geld für Waffenkäufe mehr verteilen. "Die Bonner Geldverteilung geht wie eh und je weiter. Hochrüstungsländer bekommen viele Bonner Millionen", schreibt der SPIEGEL (29.7.91) und diese verhandeln dann über neue Rüstungskäufe. In elf "Dritte Welt"-Ländern wirken Teams der Bundeswehr zur fachkundigen Beratung vor Ort. Das Spranger-Ministerium in einer Weisung dazu: "Grundsätzlich sollten wir die Tätigkeit von Beratungsgruppen der Bundeswehr in Ländern der Dritten Welt begrüßen" (SPIEGEL, 29.7.91). Deutsche Waffen, Militär- und Polizei-Know-How

dienen dann auch zur Unterdrückung der Bevölkerung, Niederschlagung von Hungerrevolten, Bekämpfung von Minderheiten. So produzieren sich die Industrieländer nicht nur die "Wirtschaftsflüchtlinge", sondern auch die politischen Flüchtlingsströme selbst. Flugzeuge und Waffen, mit denen die türkische Armee kurdische Dörfer einschert, stammen größtenteils aus der deutschen "Militärhilfe für die Türkei". Bundeswehr-Spezialisten weisen in die Handhabung ein. Was Wunder, daß die Kurden heute in der Bundesrepublik nach den Kroaten die zweitgrößte Gruppe von Asylsuchenden stellen.

Dort, wo das indirekte Krisenmanagement nicht ausreicht, aber legen die Industrieländer durchaus selbst Hand an, um ihre alte "neue" Weltordnung aufrechtzuerhalten, wie am Beispiel Golfkrieg demonstriert. Dieser Krieg war auch eine Strafexpedition gegen ein "Dritte-Welt"-Land, das nicht mehr bereit war, seine Ressourcen zu Schleuderpreisen an die Metropolen abzugeben. Und es war der erste gemeinsame Feldzug der G7 gegen ein "Dritte Welt"-Land: Fünf davon schossen, die restlichen zwei, Deutschland und Japan sorgten fürs Pulver. Für den Golfkrieg spendierte Bonn etwa doppelt so viel, wie die für die Entwicklungshilfe 1991. Die Ölinteressen des Nordens aber sind gesichert, und die "USA liefern die meisten Waffen in den Nahen Osten" (SZ, 14./15.3.92).

Der Big stick von USA und NATO, zumindestens die Drohung damit, soll die "Dritte Welt" auch künftig befrieden. "Die Welt soll vor der US-Armee zittern" erklärte der US-Generalstabschef Colin Powell: "Ich möchte, daß jeder tödliche Angst vor uns hat" (SZ 6.2.91). Die US-Streitkräfte



müßten in der Lage sein, in zwei verschiedenen Regionen gleichzeitig auftretende Spannungsfällen zu begegnen, sagte der höchste US-Offizier. Eine solche Situation sehe er derzeit zwar nicht, aber das Pentagon müsse vorbereitet sein.

Die Industrieländer bekriegen die Armen, nicht die Armut. Der UNO-Bericht zur Bilanz des Entwicklungsprogramms für die ärmsten Länder, September 91, prognostiziert: "Wenn nicht genügend getan wird, um die extreme Armut, das Elend und die Verzweiflung in der Welt schnell zu beenden, dann werden demographische Entgleisungen und ökologische Katastrophen Spannungen und Gewalt, Kriege und Terrorismus hervorrufen, vor denen kein Land der Erde sicher wäre."



INTERNATIONALER KONGRESS GEGEN DEN WELTWIRTSCHAFTSGIPFEL (WWG)

3.- 5.7.92 in der Ludwig Maximilians Universität München

(Programm des Gegenkongresses)

Foren mit Diskussion in Arbeitsgruppen 4./ 5.7. 92
Samstag, 9-12h30 Sonntag 9-12h30

Forum 1
500 Jahre Kolonialismus - 500 Jahre Widerstand
Demokratie und Menschenrechte

Das Forum verbindet das Thema der bis heute anhaltenden Ausbeutung und Unterdrückung von Asien, Afrika und Amerika mit der Frage nach unserem Verständnis von Menschenrechten, Demokratie und Emanzipation. ReferentInnen: Conception Quispe (Quechua Indianerin, Vertreterin der peruanischen Bauerngewerkschaft); Frank Dreaver (Leonard Peltier Defense Comitee), Kanada; Dhoruba Bin-Wahad (Black Panther), USA; Leo Gurwitz (Freedom Now), USA; Jose Maria Sison (NDF), Philippinen; Nülifer Alcan, Demad, Türkei; Felicitas Langer, Rechtsanwältin, Israel; Rebecca Palacios (FMLN), El Salvador; Carlos Aldana (PCC), Kuba; Ergrutul Kürkü, ehem. Dev. Gen., Türkei; Luis Rosario (MLN-Tupamaros), Uruguay; Ali Hashash (ehm. PFLP), Palästina; Julio Rodriguez (MLN), Puerto Rico; Rosa de Souza (CUT), Brasilien; Ulric Duchrow (KAIROS), Heidelberg.

Forum 2: Migration - Rassismus

Die Gesetzgebung wird zunehmend zur Abschreckung, Ausgrenzung und Diskriminierung von Flüchtlingen eingesetzt. Die BRD schiebt Flüchtlinge auch in Folterländer, z.B. Iran, Türkei, ab. Vor diesem Hintergrund verstärkt sich der rassistische Straßenterror: zahllose Übergriffe auf AusländerInnen und AsylbewerberInnen belegen dies.

ReferentInnen: Irmgard Pinn, Soziologin, TH Aachen; Elisabeth Ramtun, "Freie Flüchtlingsstadt", Nürnberg; Muepu Muamba, Schriftsteller, Zaire; Bernd Siegler, Journalist, Nürnberg; Nasrin Basiri, Berlin; Bielefelder Flüchtlingsrat; Petra Hanf, Bonn, Shala Blum, ehem. Stadträtin, Stuttgart; Fuimeh Farsaie, Journalistin, Köln; Lucia Murie, Berlin; MitgliederInnen mehrerer Flüchtlings-UnterstützerInnengruppen.

Forum 3: Ökologie

Wir befinden uns in einer weltweit, schweren ökologischen Krise. Sie ist regional oft verursacht durch großtechnische Projekte, z.B. der Volta-Staudamm in Kenia. International wirkt sich die Wachstumslogik der Wirtschaft als Zerstörungslogik aus. Trotz der dramatischen Lage ist zu erwarten, daß die UNCED in Rio nur halbherzige Maßnahmen zur "Abfederung" der ökologischen Katastrophe beschließen wird.

ReferentInnen: Jose Lutzenberger, Brasilien; Andreas Schweer, Autonome Ökologie Gruppe, Wuppertal; VertreterIn der Cree-Indianer, Kanada; Enver Aydar, Kurdistan; Shali-

na Randeira, Indien; Ingrid Spiller, Berlin; Jutta Dittfurth.

Forum 4: Herrschaftssicherung und Rüstungspolitik

Die Versuche, eigene Wege aus Abhängigkeit und Unterentwicklung zu suchen, sind bisher zumeist gescheitert. Ausschlaggebend sind die Abhängigkeit vom Weltmarkt und seinen Instrumenten IWF und Weltbank sowie die militärische Überlegenheit der führenden Industrienationen und deren Bereitschaft diese rücksichtslos einzusetzen. Die Blutspur zieht sich von Algerien und Vietnam, über Angola und Nicaragua, Chile, Zaire bis hin zu Panama, Kurdistan und dem Krieg am Golf. Die Bundeswehr plant am Grundgesetz vorbei weltweite Einsätze mit dem Ziel, weltweit als Europapolizist auftreten zu können. Trotz des Zerfalls des Warschauer Paktes wird nicht ab-, sondern umgerüstet auf High Tech Waffen, internationale Eingreiftruppen, weltweite Programme zur Aufstandsbe-kämpfung.

ReferentInnen: Jochen Hippler; N. N. Türkei; Erich Schmidt-Eenboom, Forschungsinstitut für Friedenspolitik, Weilheim.

Forum 5: Osteuropa und GUS-Staaten

Die jahrzehntelange Ausrichtung der Bürokraten des "real existierenden Sozialismus" an der sog. "Nachholenden Entwicklung" steckt tief und verschlechtert die Start-Chancen für einen produktiven Neuanfang. Die reichen Industrienationen sichern sich die strategisch wichtigen Projekte und nehmen die Rosinen aus der Konkursmasse.

ReferentInnen: Vadim Damier, Russland oder Boris Makarenko; Adam Novak (Redakteur), CSFR; Olga Lipovskaja (Hrsg. der 1 feministischen Zeitschrift der Sowetunion), Moskau; Hugo Radiace (zu Ungarn), Leeds oder Josef Pinior, Worzlaw; Sonja Licht; Klaus Vack oder Milian Horaczek (Heinrich-Böll-Stiftung), Prag; Andre Gunder Frank (Politökonom), Amsterdam; Heleno Sana, Publizist: "Das Vierte Reich", Spanien; Thomas Szentes (University of economics), Budapest; Wladimir Kollontaj, Europäisches Hochschulungsinstitut, Florenz; Erhard Stöltzing, Soziologe, Berlin; Przem Cajkowski, Warschau; Rainer Trampert; Dorot-tee Piemont, MdEP.

Forum 6: Frauen

Bevölkerungspolitik und das Recht der Frauen auf Selbstbestimmung stehen im Zentrum dieses Forums. Die Referentinnen aus Osteuropa und der sog. Dritten Welt, und der Bundesrepublik sollen die unterschiedlichen Strategien und bevölkerungspolitischen Maßnahmen darstellen, die Frauen an einem selbstbestimmten Leben hindern. Die Verbindung von Bevölkerungspolitik und Wirtschaftsinteressen, Rassismus, Militarismus, Entwicklungsfragen und Frauenalltag soll hergestellt werden. Es sollen Möglichkeiten aufgezeigt werden, wie wir Frauen uns bevölkerungspolitischen Maßnahmen wider-

setzen, die nicht das Wohl der einzelnen Frau in den Mittelpunkt ihrer Überlegungen stellen, und wie wir uns dabei gegenseitig unterstützen können. In Teil zwei des Forums geht es in einer Podiumsdiskussion um Perspektiven einer internationalen Frauenbewegung.

Referentinnen: Farida Akhter, UBINIG; Policy research for development alternativ, Bangladesh; Barbara Limanovska, Polen; Barbara Ritter, 218 Koordination; Ute Winkler, FINRAGE Klagenfurt; Margit Lemke, Bevölkerungspolitik, Nürnberg.

Forum 7: Weltwirtschaft

Die Regeln der Weltwirtschaft werden von den Banken und Konzernen der Staaten des G-7 Wirtschaftsbereichs und ihren transnationalen Strukturen beherrscht. Nur wenigen der ehemaligen Kolonien ist es gelungen, eine Produktion aufzubauen, die den Bedürfnissen der eigenen Bevölkerung gerecht wird.

ReferentInnen: Peggy Androbus, Barbados; Inacio Lemke, (Vizepräsident der Kommission der Landpastoral, CTP) Brasilien; Ernest Mandel, Wirtschaftstheoretiker, Belgien; Rudolf Buntzel (Evangelisches Bauernwerk zur EG Agrarpolitik) VertreterInnen der Landlosenbewegung aus Südafrika und Südamerika; Charles Pauli, ISW, München; Mark Ritchie, Anti GATT Kampagne, USA; Nicos Vacance, Fair Trade Kampagne, USA od. Lori Wallach, VerbraucherInnenorganisation USA; Klaus Hübner, FU Berlin, Bischof Lohrscheid, Brasilien od. der Botschafter Namibias; F. Mutale, Sambia od. Gabriele Zdunnek, Berlin od. Elke Rusteberg Essen.

Kongressbüro Sprecherrat der LMU, München
Michael Köhler und Dirk Jouben, Leopoldstrasse 15 8000 München 40, Tel: 06089/2180 2072



DEMONSTRATION
4.7.92

Eine große Demonstration soll schon vor der offiziellen Eröffnung des Weltwirtschaftsgipfels auf den Straßen Münchens unsere Kritik und Wut manifestieren.

AKTIONSTAGE
6.- 8.7.92

Mit den Aktionstagen wollen wir in vielfältigen Formen die verschiedenen Aspekte von Unterdrückung und Widerstand zum Ausdruck bringen.

Bewegung in Vorarlberg

PANGEA hat sich ein Gruppe von Vorarlberger Jugendlichen genannt, die sich für Frieden, Umweltschutz, soziale Gerechtigkeit, Antifaschismus, Toleranz gegenüber Minderheiten, Multikulturalität, Kultur und Alternativkultur, bedrohte Völker sowie Frauen/Emanzipation einsetzen will. Die sich als "undogmatische Jugendbewegung im demokratisch-linken Bereich" bezeichnende Gruppe will politische Heimat für AnarchistInnen, KommunistInnen, SozialistInnen, Grünen, SozialdemokratInnen und progressiv-KatholikerInnen sein. Die Organisationsform ist "total basisdemokratisch", aber aufgrund Vorarlberg-weiter Tätigkeit mit minimalen Strukturen versehen (?). PANGEA-Gruppen gibt es inzwischen in Feldkirch, Bregenz, Dornbirn, Bregenzwald und Götzis. Kontakt knüpfen könnt ihr über die Feldkircher Telefonnummer 05522/21189 (Thomas). Dort kann auch die zweite Ausgabe der unregelmäßig erscheinenden PANGEA-Zeitung "UKRUT" bestellt werden.

RadiopiratInnen in Vorarlberg

Dornbirn: Radio free Gsiberg – Sonntag 12.00 Uhr
 Bregenz: Radio Föhn – Sonntag 12.00 Uhr
 Feldkirch: Radio Lauschgift – Mittwoch 18.30 Uhr
 Bludenz: Radio Mikrowelle und Edelweiß – Sonntag 12.00 Uhr
 Alle Sendungen auf 106.0 MHz

KSV sucht Erfahrungen und Anregungen

Der Kommunistische StudentInnen Verband (KSV) lädt am 19. und 20. Juni zu seiner 11. Bundeskonferenz. Im Vordergrund steht eine "Zwischenbilanz" der KSV-Aktivitäten gegen Sozialabbau und Ver-

schärfung der Studienbedingungen, aber auch die Diskussion der "veränderten Bedingungen (...), unter denen heute linke, organisierte Politik innerhalb und außerhalb der Uni stattfinden kann und muß" (Text der Einladung). Weil auf der Konferenz "grundsätzliche Fragen aufgeworfen" und "offen diskutiert" werden sollen, sind interessierte Menschen außerhalb des KSV's eingeladen. "ihre Erfahrungen und Anregungen einzubringen".

Termin:
 Freitag, den 19. Juni 1992 ab 12 Uhr
 Samstag ab 10 Uhr
 Ort:
 Kommunistischer StudentInnen Verband
 Gußhausstr. 14/3
 A-1040 Wien
 Tel.: 504 65 30

Hungerstreik gegen Abschiebung erfolgreich

In Haft genommen wurde vor etwa 2 1/2 Wochen der Kurde türkischer Staatsangehörigkeit Haydar K. Er sollte aufgrund eines abgelaufenen Visums in die Türkei abgeschoben werden. Dort hätte den nach dem Militärputsch 1980 wegen politischer Aktivitäten entlassenen Haydar Gefängnis, Folter, womöglich der Tod gedroht.

Zur Verhaftung Haydars kam es, nachdem er es trotz zweier Anwerbsversuche abgelehnt hatte, der Staatspolizei als Spitzel zu dienen....

In der Kronzeitung wurde er bezichtigt, mit "Schlepperei" 5 Mio Schilling verdient zu haben. Nachdem diese Vorwürfe nicht weiter aufrecht erhalten werden konnten, mußte ein abgelaufenes Visum als Haftgrund herhalten. Die Fremdenpolizei selbst hatte die Verlängerung des Visums verweigert.

Nachdem nun Haydar selbst sowie ein Teil seiner Familie aus Protest gegen die drohende Abschiebung in den Hungerstreik getreten waren und darüberhinaus Freunde mehrere Kundgebungen und Demonstrationen für Haydars Verbleib in Österreich durchgeführt hatten, wurde er vergangenen Mittwoch auf freien Fuß gesetzt.

Hintergrund des Terrors gegen den politisch aktiven Kurden dürfte der kürzlich in einer türkischen Zeitung angekündigte Besuch des türkischen Innenministers in Österreich sein. Bei dieser Gelegenheit will die türkische Regierung ein Abkommen über Zusammenarbeit im Kampf gegen Terrorismus (Sprich: kurdische und türkische Linke) unter Dach und Fach kriegen. Haydar sollte "seinem" Innenminister wohl als besonderes Geschenk der österreichischen Regierung serviert werden.

Die Geberlaune der österreichischen Regierung droht zur existenziellen Bedrohung für oppositionelle kurdische und türkische Menschen

ten" an andere Bundesländer möglich.

Die neuen Bestimmungen werden nur für "neue AusländerInnen" gelten; bereits im Lande legal aufhältige Personen werden auch weiterhin nach dem alten Gesetz behandelt werden. Im Jahr 1993 werden daher keine neuen AusländerInnen (Ausnahme: EG-Staaten) in Österreich eine Aufenthaltsbewilligung bekommen, da die Zahl der bereits hier lebenden Menschen ohne österreichische Staatsbürgerschaft über jener der diskutierten Gesamtzahl liegen soll. In den weiteren Jahren werden dann nur jeweils soviel Menschen in Österreich Aufenthalts-

TATblatt

KURZ-MELDUNGEN

zu werden!

BLEIBERECHT FÜR ALLE!

Aufenthaltsgesetz

Das aller Voraussicht nach Anfang 1993 in Kraft tretende "Aufenthaltsgesetz" wird einen weiteren Meilenstein in der Entwicklung einer "demokratisch legitimierten" Rassengesetzgebung werden. Ab 1993 wird das Innenministerium nur mehr für die Festsetzung einer Höchstzahl von Aufenthaltserlaubnissen je Bundesland zuständig sein. Die Erteilung der Aufenthaltserlaubnisse selbst wird zukünftig aber Sache der Bundesländer sein.

Als Ausdruck des Föderalismus bezeichnet Löschnak die Möglichkeit der einzelnen Landesregierungen, die Schärfe des institutionellen Rassismus jeweils selbst zu bestimmen: Auch wenn ein Bundesland seine "Quote" nicht ausnutzt, wird ihm das Innenministerium nicht dreinreden können (und wohl auch nicht wollen). Ebenso wenig ist die Weitergabe "unausgenutzter Quo-

recht erhalten, als der Polizeiapparat "alte AusländerInnen" außer Landes zu schaffen vermag.

Sage später keine R, er/sie hätte es nicht gewußt!

Braunau: "gezielte und vorbereitete Aktion"

In der Nacht vom 9. auf den 10. Juni verschönerten insgesamt vier Farber die Fassade eines umstrittenen Hauses in Braunau am Inn. Die mit braunen Buchstaben am Haus angebrachte Inschrift "Am deutschen Wesen soll die Welt genesen" wurde nach Ansicht des Hausbesitzers Ludwig Seidl durch "eine gezielte und vorbereitete Aktion, für die linksgerichtete Kreise verantwortlich sein dürften" unleserlich gemacht. Der Höhe des Schadens wird auf 25 bis 30 000 Öschis geschätzt.

Der Besitzer des in ewiggestriger Weise deutschtummelnden Hauses

bezahlte Anzeige:

Chlorfrei gebleicht

Die Papierindustrie ist auf eine ihrer Sünden gestoben, die sie natürlich nie begangen hatte: Die Chlorbleiche. Nun wird mit viel Tamtam chlorfrei gebleichtes Papier zum "neuen Umweltschutzpapier" hochgelobt. Wir stellen ohne Tamtam fest, daß in einer ökologischen Gesamtbilanz Recyclingpapier aus 100% Altpapier nach wie vor um Längen voraus ist.

papierTIGER

Das andere Papier. papierTIGER GmbH, 1070 Wien, Westbahnstr. 40. Tel. 5233071. Fax. 523307122.

will sich "nicht durch solche Gewaltaktionen unter Druck setzen lassen". Seiner Ansicht nach sei der Spruch nicht nationalsozialistischen Ursprungs, da er von Theodor Körner (so um 1800) stamme und wird daher nicht entfernt werden. Der Spruch sei seit 1920 Bestandteil der alten Fassade des Hauses, meinte der Besitzer, und setzte 10 000 Öschis Belohnung für zweckdienliche Hinweise aus.

Ochsenberger-Berufung

Die Berufungsverhandlung Walter Ochsenbergers vor dem Obersten Gerichtshof in Wien wird am 17. Juli dieses Jahres stattfinden. Im Dezember vergangenen Jahres hatte ein Geschworenengericht in Feldkirch/Vorarlberg den Herausgeber der neofaschistischen Monatszeitschrift "Sieg" wegen nationalsozialistischer Wiederbetätigung zu drei Jahren unbedingter Haft verurteilt. Sowohl Ochsenberger als auch die Staatsanwaltschaft waren in Berufung gegangen. Ochsenberger fordert eine intensive gerichtliche Auseinandersetzung mit den "Erkenntnissen" der sogenannten "revisionistischen Geschichtsforschung", die die Existenz von Gaskammern und Massentötungen zwischen 1933 und 1945 leugnet; der Staatsanwaltschaft ist die Höhe des Urteils zu gering, weil die gesetzlich vorgesehene Mindeststrafe für Wiederbetätigung zum Zeitpunkt des Gerichtsverfahrens bei 5 Jahren lag.

Neues "Profil" für "Aktion Leben"

"Sensibel, offen und lebendig"; mit diesem Motto will sich die "Aktion Leben" zukünftig von "aggressiven Lebensschützern" abgrenzen. Die "Aktion Leben" verstehe sich als Alternative zu jenen Gruppen, die "zu stark auf das Kind" fixiert seien und die Probleme der Frauen zu wenig thematisieren würden, erklärte deren Generalsekretärin Gerda Peschke in einer Pressekonferenz.

Es sei notwendig, sich klar und deutlich von Gruppen zu distanzieren, die mit dem Begriff "Lebensbewegung" einen "Ettikettenschwindel" betreiben und nichts als ein "Tummelplatz der Ewiggestrigen" seien. Nur so können junge Menschen dazu gebracht werden, sich mit dem Ziel des Vereins, der "Vermeidung von Abtreibungen", auseinanderzusetzen.

Die Grundprinzipien des Vereins haben sich aber nicht geändert.

Ursache des Kurswechsels zur "Faserschmeichelweichheit" ist eine neue "Initiative der Aktion Leben" unter dem Titel "mit Kindern leben", deren Ergebnisse (?) in einem

Jahr dem Parlament vorgelegt werden sollen. Ohne Abgrenzung von den Faschos dürfte es wohl kaum möglich sein, weitere Kreise der Bevölkerung in die Initiative einzubeziehen.

Ernst gemeint!

Es waren 17 Personen, die sich zwischen 28. und 30. Mai an einer Fastenaktion für "Leben und Versöhnung an der Pyhrnstrecke" beteiligten. In den drei Tagen der Aktion konnten sie zahlreiche PassantInnen der linzer Landstraße dazu bewegen, sich mit den negativen Folgen des ungebremsten Transitverkehrs auseinanderzusetzen. Nunmehr wollen die FastenaktionistInnen versuchen, den Gesprächsprozess zwischen den VertreterInnen aller betroffenen Gruppen einzuleiten. Sie wollen damit die starren Fronten in Bewegung bringen und in sachlicher Ebene einen Austausch der Argumente aller in der Region vom Transitverkehr Betroffenen fördern.

Zurück zum Fasten: "Mit dem Fasten wollen wir zeigen, daß es uns ernst ist und wir dafür etwas zu geben bereit sind."

Hoffentlich kommt demnächst niemand auf die Idee, mittels Selbstverbrennung zu beweisen, daß es ihm/ihr ernst ist.....

Bauerneinkommen 1991 alarmierend gesunken!

Nach Berechnungen des WIFO fiel im Jahr 1991 die Gesamtsumme der Einkommen aus Land- und Forstwirtschaft um fast 4 Mia Öschis oder 9,1%. In diesen Zahlen ist die Inflationsrate von 3,3% noch nicht einberechnet. 60% des Rückgangs der Einkommen resultieren aus der verringerten Holzmenge des Jahres 1991, nachdem das nach den Sturmschäden vom Frühjahr 1990 zu Diskontpreisen verkaufte Holz die Einkommensbilanz 1990 zwar verschönt, die '91 aber verschlechtert hatte. Die anderen 40% des Einkommensverlusts wurden von sinkenden ErzeugerInnenpreisen verursacht, und zwar trotz steigender "tierischer und pflanzlicher Produktionsmenge" (noch industrieller kann das wohl gar nicht mehr ausgedrückt werden; d.T.). Die Einkommen je Beschäftigter/m gingen nominell (ohne Einrechnung der Inflationsrate) um 4,2%, real aber um 8,1% zurück. Weiters fiel die Zahl der in Land- und Forstwirtschaft Beschäftigten um 4,2%, der Anteil der Land- und Forstwirtschaft am Bruttozialprodukt auf den historischen Tiefststand von 2,9% (1990: 3,3%).

In den Ergebnissen des Jahres 1991 zeigen sich die Folgen der "De-regulierung" in der Landwirtschaft, die zu gleichbleibenden, teilweise sogar sinkende ErzeugerInnenpreisen geführt hat. Um die Einkommen der BäuerInnen 1992 um 1% zu erhöhen, müßten die ErzeugerInnenpreise entweder um jeweils 2% oder die Direktförderungen um 400 Mio Öschis erhöht werden. Da das WIFO für 1992 mit einer durchschnittlichen Erhöhung der Löhne um 5,5% rechnet, müßten die ErzeugerInnenpreise in der Landwirtschaft um 11% steigen, um die Einkommensschere zwischen BäuerInnen und ArbeiterInnen/Angestellten

nicht noch weiter werden zu lassen. Den Rückgang der Beschäftigten erklärt sich das WIFO mit der Verunsicherung, die die EG- und GATT-Diskussion bei den BäuerInnen auslöste....

In den meisten EG-Ländern fiel das Einkommen der BäuerInnen noch weit stärker als in Österreich. So betrug der Einkommensverlust in Luxemburg 18,7%, in Portugal 14,5%, in Deutschland um 12,8% und in Frankreich um 11%. Zuwächse gab es nur in Griechenland, Italien, den Niederlanden und Spanien. Das pro-Kopfeinkommen der BRD-BäuerInnen ist wieder unter den Stand von 1984 gefallen.

ZUM WORT "ASYLANT"

(Antifaschistisches Info)

Das Wort "Asylant" fehlt als Begriff in kaum einer öffentlichen Diskussion über das Recht auf Asyl. Als fester Bestandteil des Wortschatzes von VerfechterInnen einer Asylrechtsveränderung ist das für AsylbewerberInnen eingesetzte Wort "Asylant" ein menschenverachtender Kampfbegriff rassistischer Politik.

Das Wort ist noch nicht alt, erst Ende der 70er Jahre wird es von PolitikerInnen verwendet, noch später wird es im Duden erwähnt.

Dabei ist es als Begriff nicht klar zu fassen. Es gilt als Synonym für AsylwerberIn. Dabei ist es aber kein neutrales Wort: Es dient dazu, zwischen Flüchtlingen zu unterscheiden. "Dissidenten" aus dem Ostblock wurden anders als Schwarze aus dem Trikont nicht "Asylant" genannt (Anm. Tb.: Den gängigen Diskussionen nach umfaßt die Bezeichnung "Schwarze" alle nicht-weißen Menschen). Weiße Menschen aus Osteuropa haben immer noch eher eine Chance als "Flüchtling" bezeichnet zu werden. Eindeutig negativ werden aber weniger willkommene Fremde mit "Asylantenflut", "Asylantenansturm", "Asylantenschnorrer" oder "Asylantenwelle" diskriminiert. Es ist ein Begriff, der negative Emotionen auslöst und Verachtung ausdrückt.

Sprachlich steht der Begriff "Asylant" in einer Gruppe von Begriffen mit der Endung -ant, die mit wenigen Ausnahmen eine negative Besetzung beschreibt: Simulant, Querulant, Spekulant oder Intrigant. Einige dieser Begriffe vermitteln einen pseudomedizinischen oder psychiatrischen Beigeschmack. Die Wortwahl allein schafft Entfremdung und wirkt, ob bewußt oder unbewußt eingesetzt, im Unbewußten des Zuhörers oder der Leserin abwertend. Durch die Verbindung mit den Begriffen -Flut oder -Welle ist nicht mehr von einzelnen Individuen die Rede, sondern von abstrakten Mengen. Flüchtlinge aus anderen Ländern, die politisches Asyl suchen, werden so von VerfechterInnen von Nationalismus und Rassismus durch die Begriffswahl in der öffentlichen Diskussion entmenslicht, um nachher leichter unmenschlich mit ihnen umzugehen.

Da das Wort eindeutig negativ belegt ist und entsprechende Emotionen auslöst, steht auch eine politische Absicht dahinter, wenn BRD Bundeskanzler Kohl von "den vielen Asylanten" spricht oder IG-Chemie Chef Rappe eine "Asylantenproblematik" sieht. In der BRD Presse wird der Begriff verbreitet. Der SPIEGEL schreibt in seiner Titelgeschichte von "Schein-Asylanten", ebenso der STERN, dessen Leitartikel über AusländerInnenhaß Angriffe auf "Asylantenheime" beschreibt; die Springer-Presse braucht hier nicht zitiert zu werden.

Die Wertung des Begriffs hat sich mittlerweile zugespitzt: Flüchtlinge sind tatsächlich gefährdete Menschen, "Asylanten" sind die Massen, die das "Asylrecht mißbrauchen". Der Begriff "Asylant" wird also verwendet, wo es darum geht, den Flüchtlingsstatus in Zweifel zu ziehen.

Solche problematischen Worte werden sicher meist nur unkritisch übernommen. Leider kommt auch die Kürze des Wortes den Rassisten zugute; es ist einfacher "Asylant" und "Asylantenheim" zu sagen, als von Flüchtlingen und AsylbewerberInnenheim zu reden. Sicher kann nicht allen Rassismus vorgeworfen werden, die im Alltag Sprache mit rassistisch besetzten Wörtern gebrauchen. Klar ist, daß nicht nur Worte, sondern das Verhalten entscheidend ist. Doch scheint uns die sprachliche Genauigkeit wichtig, um nicht im Sumpf von Nationalismus und Rassismus in der BRD (anm. Tb.: bzw. Österreich) rechte Propaganda weiterzutragen.

Nachrichten aus Türkei und Kurdistan

Zwangswise "Jungfräulichkeitstests" in der Türkei: Selbstmorde!

Angehörige verschiedener Frauenvereinigungen der Türkei fordern ein generelles Verbot der Überprüfung der Jungfräulichkeit von Mädchen. Anlaß dieser Mitte Mai in Demonstrationen erhobenen Forderung war der Selbstmordversuch dreier Mädchen, die von der Schulleitung gezwungen wurden, ihre Jungfräulichkeit in einer "medizinischen Untersuchung" überprüfen zu lassen. Dies war angeordnet worden, nachdem insgesamt 16 Mädchen auf einer Party gesehen worden waren, an der auch männliche Jugendliche teilgenommen hatten. Nach türkischem Recht sind sowohl von den Eltern als auch von Schuldirektoren oder Chefs verlangte Kontrollen des Sexuallebens einer jungen Frau erlaubt.

Das Recht männlicher "Vorgesetzter", Frauen zur Bescheinigung ihrer Jungfräulichkeit zu zwingen, geriet nicht direkt durch die — bei einer jungen Frau erfolgreichen — Selbstmordversuche in Diskussion. Erst als die Obduktion der toten Frau ergeben hatte, daß sie zum Zeitpunkt ihres Todes noch Jungfrau gewesen sei (bzw. das, was die anordnenden Stellen darunter verstehen wollen), bequemen sich verschiedene "liberale Medien" dazu, einen Skandal zu erblicken.

215 000 SchülerInnen müssen Aufnahmeprüfung wiederholen

Die Aufnahmeprüfungen für die staatlichen "anatolischen Hochschulen" in der Türkei müssen wiederholt werden, nachdem zwei Journalisten das Frageheft käuflich erworben und dessen Inhalt am Prüfungstag in einer Zeitung teilweise veröffentlicht hatten. Die "anatolischen Hochschulen" (=Gymnasien) sind Prestigeobjekte des türkischen Staates. An ihnen werden Fremdsprachen unterrichtet, aber auch paramilitärische Übungen abgehalten. Ihr Abschluß berechtigt zum Besuch einer Universität. Die jährlich abgehaltenen Aufnahmeprüfungen sollen dabei den Eindruck erwecken, daß allein die Begabung einer/es SchülerIn für die Aufnahme von Bedeutung ist. Tatsächlich ist aber die Warschein-

lichkeit, in die Schulen aufgenommen zu werden, im Westen der Republik Türkei bzw für Kinder von Beamten weit größer als etwa in Kurdistan.....

Der Skandal, der nun zur Wiederholung der Aufnahmeprüfungen führte ist also der, daß sich dieses Jahr beliebige Menschen die Prüfungsfragen hätten kaufen können und damit unter Umständen die Privilegien der Bürokraten-Schicht untergraben hätten.



ARGK-Großaktion

In den Morgenstunden des 15. Mai griffen Guerillaeinheiten der ARGK (Volksbefreiungsarmee Kurdistans) zwei Kasernen in der Provinz Sirnak an und zerstörten sie vollständig. Nach Informationen der ARGK wurden dabei 120 Soldaten der türkischen Armee getötet und eine große Zahl gefangenengenommen. Außerdem haben im Verlauf der Aktion ein Haufen Gewehre, Funkgeräte und Handgranaten die Seite gewechselt und sich in den Dienst der ARGK gestellt. Viele Militärfahrzeuge wurden zerstört.

Bei der Aktion wurden auch 13 Guerilleros getötet.

Um diese Niederlage zu verheimlichen bombardierte die Armee nach dem Rückzug der Guerilla ganze Landstriche erfolglos und tötete eine große Zahl an ZivilistInnen, die in der Folge als Guerilleros der Presse präsentiert wurden. Außerdem drangen türkische Bodentruppen und Flugzeuge in den Irak ein und griffen nordirakische Dörfer an.

Die Zahl der bei diesen Aktionen getöteten ZivilistInnen wurde dann in den staatsreuen türkischen Medien als Zahl der getöteten ARGK-KämpferInnen bezeichnet.

Spas Nelson Mandela!

titelte die in kurdisch erscheinende Zeitschrift "Welan" ihren Dank (Spas=kur-

disch: Danke) für Nelson Mandelas Weigerung, eine "Atatürk-Gedenkmedaille" aus den Händen der türkischen Regierung entgegenzunehmen. Die türkische-chauvinistischen Medien reagierten empört. Die der Sache des kurdischen Volkes sehr verbundene Wochenzeitschrift "Yeni Ülke" (neues Land) veröffentlichte kürzlich ein Interview mit Mandela, in dem jener seine Ablehnung begründete.

"Einen solchen Preis kann man nicht annehmen. Alle antirassistischen Kreise, Institutionen und unsere Vertreterinnen wurden mit Protesten überhäuft. Wir konnten diese Lage nicht ignorieren. Denn wir sind eine Organisation, die die Meinung der Massen sehr stark schätzt. (...) JedeR weiß, daß es in der Türkei eine kurdische Frage gibt. (...) Der Schmerz, den das kurdische Volk erleiden muß, ist nicht zu übersehen. In Afrika werden Millionen Menschen wie SklavInnen behandelt, weil ihre Haut schwarz ist. Der Schmerz des kurdischen Volkes ist kein geringerer als der, den wir erleiden. Nachdem unsere Forderungen, Ziele und das, was wir durchmachen müssen, gleich sind, kann es nicht richtig sein, einen solchen Preis anzunehmen."

Konterguerilla gegen JournalistInnen

Am 8. Juni wurde der Journalist Hafiz Akdemir auf dem Weg zu seiner Arbeit von einem jungen Mann aus nächster Nähe angeschossen und erlag wenig später im Krankenhaus von Diyarbakir seinen schweren Verletzungen. Hafiz arbeitete bei der erst seit einer Woche erscheinenden Tageszeitung "Özgür Gündem", die sich als zur Staatsführung oppositionelle Zeitung versteht.

Kollegen des Ermordeten vermuten, daß der Anschlag mit Hafiz' Recherchen über die Zusammenarbeit von "Sicherheitskräften" und "Hizbollah"-Konterguerilla in Zusammenhang steht. Bereits zuvor waren zwei Journalisten der Zeitschriften "Yeni Ülke" bzw. "2000é dogru" ermordet worden, die am gleichen Thema recherchiert hatten.

Bereits am 12. Mai waren 2 JournalistInnen von "Yeni Ülke" in Mardin bzw Kozluk festgenommen worden. Ebenfalls am 12. Mai wurde in Diyarbakir die Redakteurin der Zeitung "Mücadele", Sakine Fidan verhaftet und ist seitdem verschwunden.

Demütigungen, körperliche Qualen und sexistische Hetze: das war der Alltag in den Knästen von Sevilla!

Die folgenden Augenzeugenberichte sind einer Dokumentation entnommen, die in Pamplona hergestellt wurde. Die Originalbroschüre wird in spanisch und euskera (baskisch) vertrieben und kann unter folgender Adresse bestellt werden: AUPA, Apido. 3113, Pamplona.

Eine Frau, die angeschossen wurde, erzählt

Wir waren in einem Rockkonzert gewesen, trafen auf eine Menge Leute, die wild durcheinanderliefen. Wir hörten einige Schüsse, und dachten, daß wären Schreckschüsse. Auf einmal sah ich ein Mädchen, daß mit seiner Mutter aus der Kirche herauskam, ihre Bluse war voll Blut, und 5 Sekunden später spürte ich was auf meinem Bein. Ich griff hin, und meine Hand war voll Blut, aber es kam mir nicht in den Sinn, daß es eine Kugel sein könnte. Ich dachte, daß wäre so eine Art Schreckschußvorrichtung, um die Leute in den Demos auseinanderzutreiben. Mit ein paar Freunden rief ich ein Taxi und fuhr ins Krankenhaus. Im Krankenhaus wartete bereits eine Unmenge Polizisten. Man sah sich die Wunde an und machte eine Röntgenaufnahme. Die Kugel hatte ich immer noch drin, sie operierten mich darauf und nahmen mir die Kugel heraus. Ich wurde von einem Polizisten bewacht und schlief in einem Gang. So etwa um 2 Uhr weckten sie mich auf und lasen mir die Rechtsbelehrung vor und teilten mir mit, daß ich wegen Störung der Öffentlichen Ordnung verhaftet war. Beweis hatten sie keinen. Der einzige war die Kugel.

Sie meinten, deswegen wäre ich da mitten in dem Gedränge gewesen. Es waren Schüsse gewesen, zumindest 7 oder 8. Ich konnte nicht sehen, woher die Schüsse kamen. Es waren Kugeln, die jedermann treffen konnten, die in geringer Entfernung vom Boden daherkamen, nicht hoch durch die Luft. Ich blickte in diesem Augenblick nach hinten, und wegen all dieser vielen Leute, die nachkamen, sah ich die Polizei nicht einmal.

Von diesem Augenblick an verteilte sich das ganze Polizeiaufgebot über das gesamte Zentrum von Sevilla. Hubschrauber, gepanzerte Fahrzeuge und Dutzende von Alarmpolizisten verbreiten Terror in den Straßen von Sevilla: Leute wurden brutal aus den Cafés geholt, massenweise geprügelt, kontrolliert, gefilzt - das ging so bis mindestens 1/2 1 in der Nacht.

Andererseits kontrollierte und verhinderte die Polizei die ganze Nacht lang den Zugang zu den Krankenhäusern, in denen sich zu diesem Zeitpunkt etwa 12 Verletzte befanden - drei davon hatten Schußverletzungen von Kugeln. Erst nach 2 Tagen und vielen Schwierigkeiten konnten wir Namen und genaue Anzahl der Verhafteten herausfinden: 39.

Ein Festgenommener erzählt

Nach all diesem Wirrwarr blieb ich allein auf der Straße, plötzlich fuhr mir ein Alarmpolizist mit hoher Geschwindigkeit nach. Mir blieb gar keine Zeit, irgendwie zu reagieren. Sie blieben bei mir stehen, verlangten meinen Ausweis. Ich hatte nicht einmal Zeit, ihn hervorzusuchen. Zwei Polizisten stiegen aus. Sie gaben mir einen Schlag auf den Kopf, und ich blieb einige Sekunden bewußtlos auf dem Boden liegen. Ich erlangte mein Bewußtsein wieder, sie stellten mich

wieder auf die Beine. mit Schlägen trieben sie mich in den Polizeibus und legten mir Handschellen an. Ich wußte nicht, wohin sie mich brachten, ich wußte nicht, wo ich mich befand, ich mußte wieder aussteigen, in einen anderen Wagen umsteigen, und sie brachten mich ins Krankenhaus. Im Krankenhaus setzten sie mich in einen Rollstuhl, stellten mir eine Menge Fragen, ich wurde zwei mal am Kopf genäht, und



bekam eine Tetanuspritze. Daraufhin bekam ich wieder die Handschellen angelegt, wurde wieder in ein Polizeiauto gesetzt und sie brachten mich aufs Polizeikommissariat. Als ich dort ankam, standen etwa 25 Personen gegen die Wand, die alle furchtbar verprügelt wurden, wir standen alle eine lange Zeit gegen die Wand, und dann wurden wir in einem Gang nochmals geprügelt, wir machten unsere Aussage, sie nahmen unsere Habseligkeiten weg und wir kamen in eine Zelle. Um Mitternacht wurden wir herausgeholt, und bekamen, einer nach dem anderen, die Rechtsbelehrung vorgelesen. Am Tage darauf wurden wir in einem Arrestantenwagen in ein anderes Kommissariat gebracht, das mehr im Zentrum lag, dort kamen wir jeweils zu dritt in Zellen, die extrem klein waren, dort blieben wir lange Zeit, wir wurden erkennungsdienstlich behandelt und registriert. Am nächsten Tag - aber ich weiß es nicht genau, wir wußten nicht, ob es Nacht oder Tag war - kamen wir in die Zellen des Untersuchungsgefängnisses, mußten vor dem Untersuchungsrichter aussagen, kamen noch mal in die Zelle, dann gab's Gerüchte, daß einige freigelassen werden würden, einige bekamen einen Zettel und wurden freigelassen.

Eine von den Frauen, die festgenommen waren.

Zuerst einmal muß ich sagen, daß es irrsinnig schwierig ist, all das zusammenzufassen, was du zwei Tage auf dem Kommissariat erlebst, alles das, was du von den Bullen hörst und wie sie dich behandeln. Wir standen an der Wand und sie begannen, uns zu beleidigen und fertigzumachen. Da hieß es: "Euch werden wir schon die Fotze zumachen!". "Huren seid ihr, nichts als Huren!" Wir durften nicht aufs Klo. Den Frauen,

die die Regel hatten, wurden keine Tampons gegeben. Du kannst dir vorstellen, was das bedeutet, zwei Tage lang vollgesaugt mit Blut. Sobald wir nur irgendetwas zu ihnen sagten, kam als Antwort nichts als eine freche Arroganz in Form von Gesten, Beschimpfungen und Einschüchterungen. Einem Mädchen, das um Wasser bat, antworteten sie: "Du kannst ihn mir lutschen, dann kriegst du Wasser!" Eine Frau, die auf ihrem Recht bestand, dem Gerichtsmediziner vorgeführt zu werden, mußte sich vor einem Polizisten bei offener Tür nackt ausziehen. Und so fort.

Der Mann, der eine Kugel abbekommen hat

Ich hörte Schüsse und dachte schon, das wären Kugeln. Ich merkte, daß ich verletzt war und daß ich Blut verlor. Mehrere Leute halfen mir und waren voll von Blut. Die Polizei kam und nahm alle mit. Sie behaupteten ihnen gegenüber, das wäre das Blut von ihren Kollegen. Ich blieb allein zurück, von Polizisten umgeben, gegenüber einem Café. Ich sagte ihnen, ich müßte ins Café aufs Klo, die Polizisten sagten mir, ich soll

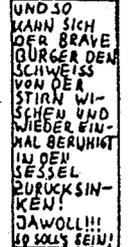
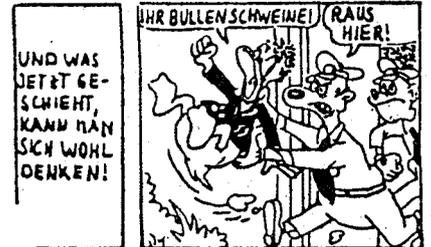
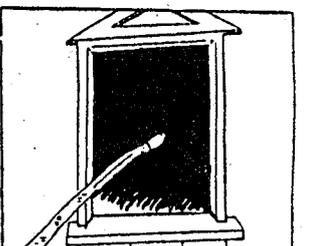
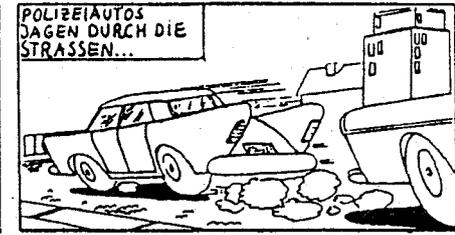
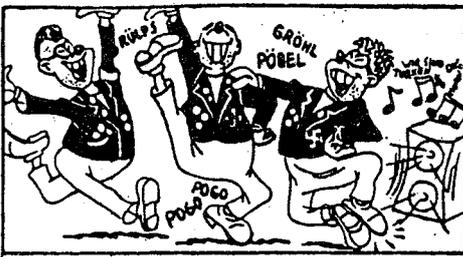
mich nur anscheißen! Dann brachten sie mich ins Krankenhaus. Drinnen waren viele Polizisten. Sie lachten, quatschten, machten sich laut über uns lustig, und sowohl Ärzte als auch Polizisten verhöhnten und verspotteten uns. Sie waren betrunken, sangen was daher, tanzten, sprangen herum, liefen von einer Seite des Vorhangs auf die andere. Das Fenster des Raums, in dem sie rauchten und Kaffee tranken, war offen, sodaß der ganze Rauch zu den Verwundeten und Kranken herüberkam. Die Behandlung war miserabel, von Betreuung konnte man überhaupt nicht sprechen, es gab nur Lärm und Erniedrigung. Es war unmöglich, sich zu ausruhen, und es war ein ununterbrochenes lautes Hin und Her von Ärzten und Polizisten. Ich konnte nicht schlafen, erst als sie mir Beruhigungsmittel spritzten. Die ganzen Räumlichkeiten waren sehr schmutzig.

Es kam der Untersuchungsrichter, und ich machte meine Aussage. Es kam auch ein Pflichtverteidiger, und einer, von dem man überhaupt nicht wußte, wer er war. Nach einigen Tagen kam ich in einen eigenen Raum. Nachdem ich drei Tage lang darum gebeten hatte, daß sie mich mit der Ambulanz in meine Stadt zurückbringen sollten, und meine Familie und Freunde immer nur wie lästige Bittsteller abgewimmelt wurden, bekam ich schließlich doch den Entlassungsschein. Der Arzt sagte mir aber, er fände das nicht gut, wenn ich mit der Ambulanz nach Hause gebracht werde, das wäre für mich lebensgefährlich. Ich mußte mit dem Flugzeug zurück, das meine Eltern bezahlten. Ich hab nun einen künstlichen Darmteil eingesetzt, ein Stück Darm ist weg, ich föhl mich extrem schwach, und warte noch auf eine weitere Operation. Das ärztliche Attest ist voller Unwahrheiten, und hat nicht einmal ein Unterschrift.

POGOMIAS SCHLÄGT ZU

ES GEHT SO NICHT WEITER, ISSEL. DIE PUNKER SCHLAGEN UNSERE SCHÖNE STADT KAPUTT!

WALT DISNEY



WÄHREND DIE PUNKERKNACKER NOCH IN U-HAFT SITZEN, IST DONALD SCHON WIEDER AUF FREIEN FUSS UND AUF DEM WEG NACH HAUSE.



WARTET NIEMAL BALD SCHLACHT POGOMIAS ODER SCHRECKLICHSTE ALLE PUNKER BU!

ABER WIR HÜSSEN DOCH GEGEN DAS WELT JUDEN TUM GEGEN ROHM W/ MUS UND AUSLÄNDER VORGEHEN!

ALSO SOWAS MÄCHT MICH IMMER RASEND!

BE IST DAS BESTE... WIR LASSEN UN ALLEN UND GEHEN INS BETT.

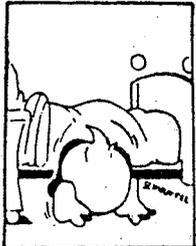
ABER DAFÜR BRÄUCHE KH GELD

HAL SEHEN, OB DE KINDER ETWAS IN IHREM ZIMMER VERSTECKT HABEN!



SO SO! LAUFER RECHTSRADIKALE EXTREMISTEN!

UNO WIR KOMMEN DOCH AN DE NACHT! UNO WENN WIR WIEDER ME OXIDE LEGEN MÜSSEN AU JA! SO WIE IN HUNCHEN!



JAUCHE! JUBEL

ABER ONKEL DONALD! WAS MÄCHST DU DA. DAS IST DOCH UNSER GELD!

AH NÄCHSTEN MORGEN...

AUF NIEMER WIEDER SEHEN ONKEL DONALD, WIR LASSEN DICH!

WENN WIL ERST MAL AN DER MÄCHT SIND, KOMMEN SÄLME WIE DU SOWIESO INS KET!

SCHRAUZE! ICH BRÄUCHE DAS GELD FÜR MEINE PLÄNE!

ONKEL DONALD! WIR WOLLEN DOCH MIT UNSERE WEHRSPORTGRUPPE FAHLEN IN HOFFMANSCHWANE UNS ZELTLAGER!

IHR NIESEN, DRECKIGEN NAZI-SCHWEINE!

VIELLEICHT IST ES BÄPP GUT, DASS SIE WEG SIND, DANN KANN ICH ENDLICH MEINE PLÄNE UMZUSÄTZEN!

UNO SO VERWÄNDLET SICH DONALD IN POGOMIAS.....

ALL ERSTES WILL SICH DONALD, AN POGOMIAS, AN GUSTAV, DEM POPPER, LÄCHEN ABER DEN WEG KÄNNER SICH ERSPAREN.



MUKHIGUSTAV! NA SO EIN ZUFALL!

OH, GRÄU! POGOMIAS!

FRUCH! PLOFF!

NACHEINANDER KOMMEN ALLE UNGLÜCKSTEN BEKANNTEN VON DONALD AN DIE REIHE!

DAISY? SCHLUCK! PLOFF

WAS'N DAS!

HILFE!

GLL GLL ORRA!

MICKY! PLOFF

KOMMISSAR HUNTER! PLOFF

DIE DREI NEFFEN! PLOFF PLOFF PLOFF

NACH DIESER RUHMREICHEN TAT GEBIET SICH UNSER HELD ZU ONKEL DAGBERTS GELDSPEICHER!

MACH ENDLICH AUF, DU ALTER AUSBEUTER!

ACH, LASST DU DICH AUCH NOCH MAL BIKEN, DU SCHWEISSEKRIE! LOS, ICH KOMM BAUER!

SO DU WÄNDLIDER MÜLLERHEIM! TRÄUST DU DICH NOCH HER! WIE SIEHST DU EIGENTLICH WIEDER AUS! DEN SCHADEN, DEN DU AN MEINER TÜR ANGERICHTET HAST, WIRST DU IN 100 JAHREN PRON-ARBEIT AB-ARBEITEN!

NEE! DU NUR, DU ALTES ARSCHLOCH! DU WIRST NICHT MEHR LANGE ZEIT DARU HABEN, GIFTZWERG!

HILFE PRUST!

UND BALD HERRSCHT IN SÄNE ENTENHÄUSEN...

ANARCHIE UND CHAOS

PROTEST DU NICHT ABER DASS ZIEH NACH RAUS IS, NAGEL!

SÄJA JA WICKER!

HILFE!

Öko-Imperialismus

DIE MILITARISIERUNG DER ÖKOLOGISCHEN FRAGE

Von der HERRschenden Notwendigkeit, "unsere" ökologische Sicherheit militärisch durchzusetzen: Das Konzept der "Grünhelme".

(Bremer Kassiber)

"Bei den traditionellen Bedrohungen wissen wir, was zu tun ist. Als Saddam Hussein in Kuwait einmarschierte, haben wir entschlossen und in Windeseile große Kräfte mobilisiert. Ist überhaupt der politische Wille vorhanden, in ähnlicher Weise gegen diese neuen (ökologischen) Gefahren mobil zu machen?" (Dr. Gwyn Prins, Globales Sicherheitsprogramm, Universität Cambridge)

In dem folgenden Beitrag soll ein Aspekt herrschender "Umweltpolitik" näher dargestellt werden, der unserer Einschätzung nach relativ unbekannt ist, zunehmend aber an Bedeutung gewinnen wird und daher dringend linker Gegenöffentlichkeit bedarf: Es ist das Konzept der Militarisierung der ökologischen Frage, d.h. der Aufstellung sog. "Grünhelm"-Truppen im Rahmen der UNO (oder anderer internationaler Organisationen). Die Herstellung einer linken Gegenöffentlichkeit zu diesem Konzept ist umso dringender, da absehbar ist, daß im Rahmen der propagandistischen Vorbereitung und Begleitung der UN-Konferenz "Umwelt und Entwicklung" in Rio de Janeiro im Juni 92 die BRD-Öffentlichkeit (und auch die Österreichs-Anm.d.T's.) von einer Medien-Lawine überrollt zu werden droht, die die Etablierung öko-imperialistischer Strukturen ideologisch vorbereiten will.

Schon 1969 - also noch vor der Veröffentlichung des ersten Berichtes des Club of Rome, "Grenzen des Wachstums" - setzte die NATO einen Umwelt-Ausschuß ein, der die Aufgabe hatte, die strategische Bedeutung globaler ökologischer Zerstörungen herauszuarbeiten. Herausgekommen sind dabei folgende bemerkenswerten Überlegungen: "Es steht außer Frage, daß wir uns in einer (ökologischen) Krise befinden, die sich letzten Endes als genauso ernst erweisen mag wie die Frage von Krieg und Frieden." Darum müsse die NATO "bei der Schaffung einer menschenwürdigen Umwelt einen bedeutsam Beitrag leisten". Und weiter wird festgestellt: "Für die Verschlechterung und den Verfall der Umwelt und der Ökologie und die damit verbundenen sozialen Erschütterungen, die für die etablierte Ordnung in den entwickelten Ländern vielleicht die ernsteste Bedrohung darstellen, gibt es in der Menschheitsgeschichte kein Vorbild." Daraus schließen die NATO-Strategen, daß die Umweltfragen zu "Angelegenheiten von globalem Interesse werden" (aus einem NATO-Strategie Papier aus dem Jahre 1971 (!) zitiert in der FR v. 29.5.89)

Der NATO-Einschätzung folgend, bestand für die herrschenden politischen Kräfte damit - wie es im polit-technokratischen

Vokabular heißt - Handlungsbedarf, mit dem Ziel die prognostizierte Gefahr für den "Bestand der etablierten Ordnung in den entwickelten Ländern" abzuwehren. Aus diesem Ansatz heraus entwickelten und entwickeln die herrschenden politischen Kräfte ein ideologisches, ökonomisches, technokratisches und militärisches Instrumentarium, das den bisherigen Dimensionen imperialistischer Politik die Dimension des Öko-Imperialismus hinzufügt. Das Konzept "Grünhelme" ist dabei der heutige Ausdruck des militärischen Aspekts öko-imperialistischer Politik.

Das zentrale Stichwort zur Legitimation militärischer Gewalt ist das der "globalen ökologischen Sicherheit", die es zu verteidigen gilt. Im Originalton hört sich das wie folgt an:

"Ohne Zweifel spielen Umweltfaktoren eine wichtige, ja sehr wichtige Rolle bei der gesamten Sicherheitsproblematik. Man braucht sich nur die Auswirkungen von Bodenerosion, Dürre oder grenzüberschreitender Umweltverschmutzung vor Augen zu führen - da hat man schon die potentiellen Konfliktquellen, wie es sie auch in der Vergangenheit gegeben hat. Ja, Umweltfaktoren sind sehr wichtig und werden wohl im Hinblick auf die globale Sicherheit zunehmend an Bedeutung gewinnen" (Sir Julian Oswald, Admiral bei der britischen Royal Navy).

Oder: "Früher hielten wir Amerikaner die Umweltbelastung für ein räumlich begrenztes Problem, das nur die unmittelbare Umgebung oder Wohngegend des einzelnen betraf. Doch in den letzten zwanzig Jahren haben wir begriffen, daß sie nicht nur eine regionale oder nationale, sondern eine grenzüberschreitende Herausforderung darstellt. Folglich hat sich unser bisher militärisch geprägtes Feindbild erweitert und schließt nun die Bedrohung der Umwelt und der Weltwirtschaft mit ein" (Henry Hatch, Generalleutnant bei der US-Army) (Beide Zitate sind entnommen aus der Fernseh-Produktion des WDR. "In Zukunft... Superbomber und giftige Wale. Umweltpolitik als Sicherheitspolitik der Zukunft", ausgestrahlt am 12.7.91).

Politische Bahnbrecher für das Konzept "Grünhelme" finden sich in der BRD in allen etablierten politischen Parteien, aber auch in der Wissenschaft und - dies ist von zentraler Bedeutung - in der Atom-Lobby. Für die CDU spielt BRD-Umweltminister Töpfer die Rolle der Gallionsfigur. Auf dem 43. Landespartei-tag der saarländischen CDU z.B. sprach sich Töpfer für die Bildung einer ökologischen Eingreiftruppe der Vereinten Nationen aus. Diese solle welt-

weltverstoße" einschreiten (taz v. 27.5.91). Ähnlich äußerte sich Töpfer auch im WDR am 8.6.91: Grünhelme sollen überall dort eingreifen, wo Verbrechen an der Natur begangen werden. In der FDP ist es BRD-Außenminister Genscher, der in das "Grünhelm"-Horn bläst. Im Juli 91 erklärte Genscher in einer Grundsatzrede "Zukunft Europa", die er anlässlich eines politischen Besuchs in Portugal hielt, daß sich europäische Einheiten an der Aufstellung gemeinsamer Grünhelm-Verbände im Rahmen der UNO beteiligen sollten, die die Aufgabe hätten, für den Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen zu sorgen (FR v. 13.7.91).

Jüngste politische Initiative in diese Richtung ist Genschers Forderung auf der zweiten Außenministerkonferenz der KSZE in Prag im Jänner 92, im Rahmen der KSZE "Grünhelm"-Einheiten zu formieren, die für die "Sicherung unserer (!!!) natürlichen Lebensgrundlagen" zu sorgen hätten (FR v. 31.1.92)

Aber auch in der Sozialdemokratie und bei den GRÜNEN wird der "Grünhelm"-Ansatz politisch vorangetrieben. So fordert Freimut Duve (SPD) die Einschränkung der Souveränität nationaler Staaten, u.a. wenn "die Übernationalität von Umweltproblemen (Wasser, Klima) nicht respektiert wird." Zur Durchsetzung soll der "Weltknüppel" eingesetzt werden. Als Bonbon für darüber möglicherweise empörte linke Sozialdemokraten bietet Duve an, daß in diese Drohung alle Staaten der Welt einbezogen seien und damit "in der neuen Rechtsordnung der Welt auch die Supermächte nicht mehr souverän seien." Es darf spekuliert werden, ob Duve nun ein realitätsblinder Phantast oder doch nur ein bössartiger Betrüger ist - allemal steht er mit diesen Worten in schlechter Tradition sozialdemokratischer Märchenerzähler.

Mit einer ähnlichen Argumentationsstruktur plädiert auch Michael Müller, sich fortschrittlich gebender und ökologisch profilierender "Klima-Experte" der SPD, für die Schaffung von Strukturen, die eine "ökologische Weltinnenpolitik" durchsetzen können. Notwendig sei ein "neues Souveränitätsverständnis und ein partieller Verzicht auf nationale Rechte, sowie eine Verbesserung der Qualität und Effizienz internationaler Institutionen." Geschaffen werden müsse ein "ständiger Rat für Umwelt und Entwicklung, der mit entsprechenden Kompetenzen ausgestattet ist", sowie die "verbindliche Festlegung wirkungsvoller Sanktionsmechanismen" bei Verstößen gegen UN-Umwelt-Konventionen. Auch bei Müller muß mensch nicht lang auf das sozialdemokratische Bonbon warten, denn die von Müller geforderte Erweiterung im-

perialistischer Machtpolitik wird im Zusammenhang mit der Forderung nach einer "gleichberechtigten Mitsprache" aller Länder und einer "Demokratisierung" internationaler Institutionen sowie einer "reformistischen Gestaltung der Industriegesellschaft" offeriert (Jahrbuch Ökologie, hg. v. Beck-Verlag, Jänner 1992).

Bei den GRÜNEN wird der "Grünhelm"-Einsatz in gewohnt brutal offener Weise von dem Beton-Realo Udo Knapp formuliert. Seine These: Der Welt-Norden sei im angeblich gemeinsamen Interesse der Weltbevölkerung zur "ökologischen Vorherrschaft verpflichtet". Der Norden müsse sich zu einer für die Menschen aus dem Süden nicht erreichbaren "Festung" formieren, um aus dieser Position heraus "eine gemeinsame ökologische Außenpolitik" umzusetzen. Der Norden sei dabei "angehalten, jedwede finanzielle, ökologische und politische Anstrengung zu unternehmen, die den Weltsüden zu unabdingbaren Kooperation bewegen kann. Ein wichtiger Schritt zu dieser Zusammenarbeit (Zynismus pur!!) wäre es, ein internationales ökologisches Gewaltmonopol einzurichten. Es müßte auf der Basis eines internationalen Umweltrechtes ausgeübt werden. Das wäre notwendig zur Legitimation... (um) internationale Umweltverbrecher wirksam bekämpfen" zu können (natur 2/92). Die Tatsache, daß die Fachzeitschrift natur Knapps öko-imperialistische Visionen veröffentlicht, ist ein bedenklicher Hinweis auf die Akzeptanz dieses Ansatzes innerhalb der Umwelt-Bewegung.

Ein letzter Hinweis darauf, daß das Konzept "Grünhelme" auch innerhalb der etablierten Wissenschaft diskutiert wird, soll noch angeführt sein. Der Professor für Umweltpolitik am Wissenschaftszentrum Berlin und Vorsitzende des Kuratoriums der deutschen Umweltstiftung, Udo Ernst Simonis, fordert im bereits erwähnten Jahrbuch Ökologie: "Die UN- und damit UNEP (Umweltprogramm der Vereinten Nationen, d.V.) - sollten weiter gestärkt, über Grünhelme müßte jetzt ...entschieden werden."

All die genannten politischen Erklärungen stehen in inhaltlicher Übereinstimmung mit einem Strategie-Papier, das 1988 von der Kernforschungsanlage (KFA) Jülich veröffentlicht worden ist. Darin heißt es: Notwendig sei die Etablierung einer "ökologischen Weltinnenpolitik" unter Herrschaft eines "Weltregimes". Dieses "Weltregime" müsse stark genug sein, "durch Machtpolitik auf die außerhalb des Regimes stehenden Staaten einzuwirken, um sie zu Vermeidungsmaßnahmen zu bewegen... Staaten wie China, aber auch Indien, potentielle Großmächte des 21. Jahrhunderts und auf die Nutzung fossiler Energien ... ausgerichtet, können von den Supermächten nicht ohne ein hohes Maß an Konfliktbereitschaft durch die Sanktionspro-

gramme der Macht zu durchgreifenden, sie wirtschaftlich schwer belastenden Vermeidungsmaßnahmen gedrängt werden. Aus ihrer Interessenposition heraus könnten solche Länder, wie andere Staaten mit reichen Kohlenwasserstoff-Vorräten oder die großen Tropenwaldbesitzer (Brasilien, Zaire, Indonesien) auch, der ihnen nahegelegten Vermeidungsstrategie (von ökologischen Schäden) eine Blockierungsmacht entgegenstellen, um die Bildung eines umfassenden Regimes zu verhindern... Die nationale und internationale Politik könnte vor einer schwierigen Wahl stehen: Die zumindest ansatzweise antizipierbaren Kon-



flikte im Rahmen einer Vermeidungsstrategie auszutragen (sprich Krieg zu führen gegen sogenannte Umweltverbrecher, d.V.) oder gänzlich unvorhersehbare Konflikte in einer mit einem neuen Klima konfrontierten Welt zu riskieren" (Sassin u.a., Das Klimaproblem zwischen Naturwissenschaften und Politik, Hg. KFA Jülich, 10/88). Schon die Wortwahl der letzten Alternative, vor allem aber die Erfahrung mit der real praktizierten Politik der herrschenden politischen Kräfte während des Golfkriegs 1991 geben eindeutig Antwort auf die Frage, in welche Richtung die internationale "Umweltpolitik" gelenkt wird.

Das Konzept "Grünhelme" bringt den imperialistischen Charakter herrschender Umweltpolitik auf den Punkt. Der Ansatzpunkt für die Abwendung der katastrophalen Folgen der Erderwärmung der Erdatmosphäre sind in diesem Konzept nicht die verursachenden, zerstörerischen, aber profitträchtigen industriellen Produktionsanlagen im "Norden" - oder ist etwa vorstellbar, daß "Grünhelme" in den USA, in West-Europa oder in Japan zum Einsatz kämen? Nein, Ansatzpunkt und im Fadenkreuz des Militärs ist wieder einmal der "Süden", dessen industrielle Entwicklung verhindert werden muß.

Ideologisch überbaut wird das Konzept

"Grünhelme" durch die Neuauflage der alten "Wir sitzen alle in einem Boot"-Ideologie - jetzt auf globalem Niveau -, durch die Behauptung technologischer Überlegenheit der industrialisierten Staaten und durch die Betonung der "Bevölkerungsexplosion" als Ursache und Ansatzpunkt zur Lösung der "ökologischen Krise".

Die herrschende Ideologie greift die Parole von der "Einigen Welt" auf, die von den Menschen geprägt wurde, die damit ihr solidarisches Verhältnis zu den verletzten Menschen in der sogenannten Dritten Welt ausdrücken wollten, und benutzt sie zur Rechtfertigung ihrer "ökologischen Weltinnenpolitik". Da ist dann auf einmal die Rede von einer neuen "Umweltpartnerschaft zwischen Nord und Süd" (Bundesumweltminister Töpfer) - einer Partnerschaft allerdings, die real eine durch ökonomische Erpressung und militärische Drohung zusammengehaltenen Zwangshe zu werden droht, in der der eine "Partner" den anderen durch den politischen und ökonomischen Druck zur Rückzahlung angeblicher Schulden und durch den rücksichtslos gierigen Raubbau an den in der sog. Dritten Welt vorhandenen Rohstoffen zu ungerecht betrügerischen Weltmarktpreisen.

Es wird weiterhin behauptet, daß wir alle - gemeint ist damit die Weltbevölkerung - gleich betroffen von der globalen ökologischen "Krise" seien, um daran anschließend zu fordern, daß wir darum auch alle zusammen an der Lösung des Problems arbeiten müßten, um letztlich darauf zu verweisen, daß nur die führenden Industriestaaten über die technologischen und ökonomischen Möglichkeiten verfügen würden, der ökologischen "Krise" HERR zu werden. Damit schließt sich der Argumentationskreis, daß die ökologische "Krise" unter Beibehaltung der etablierten weltweiten Herrschaftsstrukturen gelöst werden muß.

Ebenfalls auf der ideologischen Ebene wird die Bevölkerungs-"Explosion" in der sog. Dritten Welt als Ursache und Ansatzpunkt zur Lösung der ökologischen "Krise" ins Bewußtsein gebracht. Auf einem Gastvortrag den E.U. v. Weizsäcker, zwischen 1984 und 1991 Direktor des Instituts für Europäische Umweltpolitik und jetzt Präsident des Wuppertaler Instituts für Klima, Umwelt und Energie an der Berg-Universität, mit dem sinnigen Titel "Überwindung der Dinosauriermentalität" hielt, wurde dieser von einem seriösen, beschlipsten und beanzugten Herren mittleren Alters gefragt, ob wir uns nicht die Frage stellen müßten, ob wir denn überhaupt noch weiteren Menschen in der Dritten Welt Lebensraum bieten könnten. Die Antwort des HERREN v. Weizsäcker: "Ja, in der Tat, die Bevölkerungsexplosion ist eines der größten Umweltprobleme." Weizsäcker befindet sich mit dieser, die Tatsachen vollkommen verdrehenden Ursachenbestim-

mung in trauriger Übereinstimmung mit einem Bericht, den der Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen (UNFPA) im Herbst 1991 veröffentlichte. In diesem heißt es, die Überbevölkerung der Welt sei Hauptursache für die Probleme der Umweltzerstörung. Und: "Das Bevölkerungswachstum hat höchst nachteilige Folgen für die Umwelt" (FR v. 25.10.91). Auch in der Umweltbewegung wird diese Argumentationslinie vertreten. Hubert Weinzierl, Vorsitzender des BUND, erklärte im September 1989: "Nur wenn die Hauptsorge der Menschheit, die Eindämmung des Überbevölkerungsstromes, gewährleistet ist, wird es einen Sinn haben und wird eine Aussicht bestehen, an einer durchaus verbesserungsfähigen Umwelt zu bauen, unsere Zivilisationslandschaft zu gestalten, daß sie wert bleibt, Heimat genannt zu werden" (Kampagnen-Heft 1992 des BUKO). Vor diesem ideologischen Hintergrund ist es dann auch kein Zufall mehr, wenn in dem Bericht des Nationalen Komitees zur Vorbereitung der UNCED in Brasilien, lediglich von einer "Mitschuld der Industriestaaten an der Zerstörung der Umwelt" die Rede ist (FR v. 29.1.92).

Die UN-Konferenz "Umwelt und Entwicklung" wird voraussichtlich ein weiterer Schritt hin zur Durchsetzung eines (dann auch ökologisch legitimeren) "Weltregimes" (KFA Jülich) unter der Herrschaft der G7-Staaten sein. Es scheint so zu sein, als könne dieser Prozeß nur durch die Konkurrenz der G7-Staaten untereinander (z.B. verweigert die US-Regierung bis heute verbindliche Kohlendioxid-Reduktions-Zusagen) oder durch "starke" "Dritte Welt" (z.B. China, Indien oder Brasilien) blockiert werden. In der Vorbereitung und der Begleitung der UNCED ist jedoch allemal mit einer ideologischen Offensive herrschender öko-imperialistischer "Umweltpolitik" zu rechnen. Es ist die Aufgabe linker Öffentlichkeit, daß dies nicht widerspruchsfrei geschehen kann. Dabei muß es darum gehen, Bewußtsein dafür zu schaffen, daß - so richtig und notwendig internationale Abkommen zur Abwendung unabsehbarer ökologischer Katastrophen weltweit sind - dennoch eine Teilnahme an oder der konstruktive Dialog im Rahmen der UN-Konferenz abzulehnen ist, weil die Konferenz unter dem imperialistischen Diktat der G7-Staaten stehen wird und nur die bestehenden weltweiten Herrschaftsverhältnisse auch auf das Gebiet der Ökologie auszudehnen versucht. Für die verelendeten Menschen in der sog. Dritten Welt kann dies nur zu einer Verlängerung und Vertiefung ihrer katastrophalen Lebenssituation führen.

Autonome Ökologie-Arbeitsgruppe Wuppertal, Februar 1992

PS: Für InteressentInnen könne wir eine Info-Sammlung zur UNCED-Konferenz verschicken.

Kontakt: Autonome Ökologie-Arbeitsgruppe, c/o Infoladen, Brunnenstraße 41, 5600 Wuppertal 1 oder Tel.: 0202-310677 (Andreas)(plus Vorwahl von BRD)

Flüchtlingsberatung vor dem Lager Traiskirchen

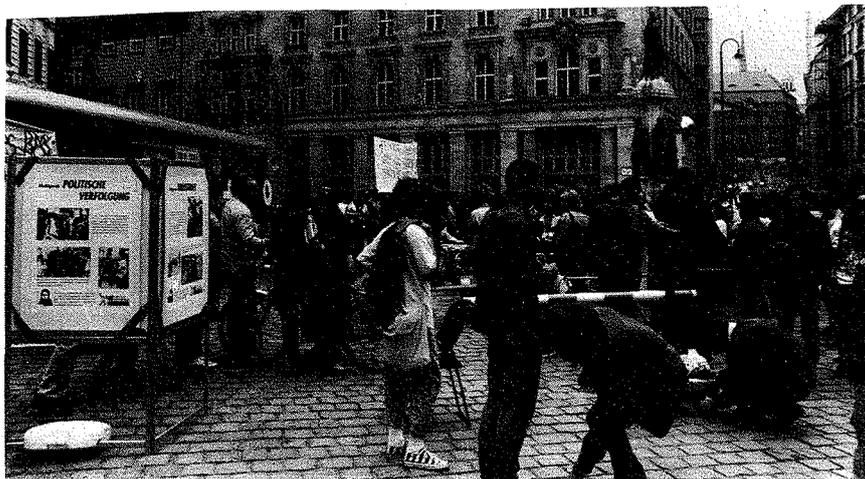
Mit dem Inkrafttreten des neuen Asylgesetzes am 1. Juni hat sich die Situation im Lager Traiskirchen drastisch verschärft. Es wurde dort eine Außenstelle des neuen Bundesasylamtes eingerichtet, in der zentral und datenvernetzt alle Verfahren abgewickelt werden.

(ARGE Flüchtlingsberatung (?))

Neuankommende AsylwerberInnen werden seit diesem Zeitpunkt sofort nach ihrer Ankunft einem Interview unterzogen (sog. Mandatsverfahren), in dem überprüft wird, ob ihr Asylantrag "offensichtlich begründet" ist. Durch dieses Schnellverfahren kann in Zukunft ganz "legal" Flüchtlingen ein Asylverfahren verweigert werden, die

Zweck der Flüchtlingsberatung soll sein, neuankommende AsylwerberInnen noch bevor sie ins Lager gehen und registriert werden mit Hilfe von Flugblättern anzusprechen (entweder am Bahnhof oder direkt vor dem Lager).

Es soll versucht werden mit den Flüchtlingen möglichst genaue Asylanträge (mit genauen Fluchtgründen und dem genauen



Demonstration gegen das neue Asylgesetz, am 1. Juni in Wien.

— ihre Identität nicht nachweisen können,

— über "sichere Drittländer" nach Österreich kommen, also z.B. über Ungarn (das deklarierterweise alle Flüchtlinge aus außereuropäischen Ländern abschiebt),

— aus einem Land kommen, in dem es "nach allgemeiner Erfahrung keine Verfolgung gibt".

Tatsächlich heißt das, daß in Zukunft nur noch Flüchtlinge, die per Flugzeug direkt (also ohne Zwischenlandung) nach Österreich kommen, ein Asylverfahren bekommen.

Manchen Flüchtlingen wird sogar von vorneherein nahegelegt, eine Asylverzichts-erklärung zu unterschreiben (vor allem solchen aus dem früheren Jugoslawien und aus Osteuropa), dies natürlich ohne ausreichende Information über die Konsequenzen und ohne ausreichende Übersetzung. Nach dem Interview erhalten die AsylwerberInnen innerhalb kürzester Zeit ihren Bescheid, der in der Regel negativ ausfällt. Gegen einen negativen Bescheid kann zwar "Vorstellung" (Einspruch) erhoben werden, diese hat aber keine aufschiebende Wirkung. Die Betroffenen können also sofort abgeschoben werden. Im Keller des neuen Bundesasylamtes werden bereits Zellen ausgebaut ...

Fluchtweg) zu formulieren, um ihre Chancen etwas zu erhöhen durch das Mandatsverfahren zu gelangen. So muß etwa versucht werden zu beweisen, daß die AsylwerberInnen in den Ländern, über die sie nach Österreich gelangt sind, nicht vor Verfolgung sicher waren (weil z.B. Ungarn außereuropäische Flüchtlinge prinzipiell nicht anerkennt, ...). Gleichzeitig können AsylwerberInnen österreichischen Personen eine Vollmacht ausstellen, mit der diese versuchen können, von außen zu kontrollieren, wie das Verfahren abläuft. So soll die Gefahr eingeschränkt werden, daß Personen spurlos (in Schubhaft) verschwinden, und niemand etwas davon erfährt.

Was wir brauchen, um diese Form der Beratung auch wirklich durchziehen zu können, sind möglichst viele Leute, die (nach Einschulung) bereit sind, sich (halb)tageweise in Traiskirchen zu engagieren. Besondere Kenntnisse oder Fachwissen sind dafür nach unseren Erfahrungen nicht nötig.

Wer genaueres wissen und/oder mitarbeiten möchte — nächstes Treffen:

Mittwoch, 24. 6. — 17Uhr30

ARGE, Schotteng. 3a/Stiege 1/Tür 59
oder: Tel. 5333755-0 (Herbert Langthaler)

7383834

Gemeinsamer Kampf in den besetzten Gebieten

Die stärkste Gruppe innerhalb der PLO, die El Fatah, und die islamisch-fundamentalistische Hamas-Bewegung vereinbarten kürzlich Zusammenarbeit in den von Israel besetzten Gebieten. Angesichts des Terrors der israelischen Besatzungstruppen in der West Bank und dem Gaza-Streifen besteht keinerlei Berechtigung für aus Mißverständnissen oder unterschiedlichen Meinungen resultierenden Konflikte, heißt es in einem von beiden Gruppen veröffentlichten Flugblatt.

"Extra-legales Töten" in West-Bank und Gaza

Nach Angaben israelischer Menschenrechtsgruppen wurden zwischen Jänner und Mai dieses Jahres mindestens 19 PalästinenserInnen von verkleideten "undercover-agents" der israelischen Armee ermordet. Im vergangenen Jahr waren bereits 25 Menschen von den oftmals als Araber verkleideten Spe-

zialagenten getöteten worden. Seit Beginn der Intifada im Dezember 87 dürften mindestens 90 Menschen "extralegal" vom Leben zum Tode befördert worden sein.

Auffallend sei, daß die Opfer der Spezialagenten oftmals aus aller-nächster Nähe und von einer Vielzahl von Kugel getroffen werden, was auf regelrechte Exekutionen hindeute...

Der israelische Verteidigungsminister Arens lobte erst kürzlich die hervorragende Arbeit der Sondereinheiten im – wie er es nannte – Kampf gegen den Terrorismus.

Venezuela: Protestbewegung gegen Regierung

Nur vier Monate nach dem gescheiterten Versuch einer Gruppe fortschrittlicher Offiziere, die auf der neoliberalen Marktwirtschaftswelle daherschwimmenden Regierung von Carlos Perez mit einem Putsch zu stürzen, formiert sich eine Bewegung gegen die Regierung auf breiter Basis. Anfang Juni kam es in mehreren Landesteilen zu Demonstrationen von StudentInnen, in denen der Rücktritt der Regierung Perez gefordert wurde. Gegen die sich mit Steinen und Flaschen bewaff-

nenden DemonstrantInnen ging die die Polizei mit Tränengas und Gummigeschossen, schließlich auch mit scharfer Munition vor. Dabei wurde mindestens eine Person getötet und elf weitere schwer verletzt.

Peru: MRTA-"Chef" verhaftet

Den bisher größten Erfolg seit dem Verfassungsputsch Präsident Fujimoris vom 5. April hatte die peruanische Polizei in der Nacht zum 10. Juni zu verzeichnen: Infolge "geduldiger Ermittlungsarbeit" gelang

pen in Panama kam vergangenen Mittwoch im Vorfeld des Bush-Besuchs ein US-Soldat ums Leben, ein weiterer wurde verletzt. Gleichzeitig kam es in der Hauptstadt zu militanten Demonstrationen gegen Bush, der 1989 die Invasion Panamas befohlen hatte. StudentInnen zündeten Autos an und blockierten die Straßen. Vorbeikommende US-Militärfahrzeuge wurden mit Steinen vertrieben, zwei US-Bürger verletzt.

Als dann auch noch der geplante öffentliche Huldigungs-Auftritt für Bush als "Befreier Panamas" von DemonstrantInnen angegriffen wurde, setzte die Polizei Tränengas ein, welches der Wind auf die Ehren-

TATblatt

KURZ-MELDUNGEN

es ihr, den angeblichen Chef der Guerilla-Bewegung "Revolutionäre Bewegung Tupac Amaru", Victor Polay Campos und weitere MRTA-Angehörige in Lima zu verhaften.

Die Verhafteten wurden in das Folterzentrum der "Anti-Terror-Einheiten" im peruanischen Innenministerium verfrachtet.

Im Februar hatte Präsident Fujimori umgerechnet fast 6 Mio Öschis für die Ergreifung von Polay und "Sendero Luminoso"-Chef Abimael Guzman ausgesetzt. Beide sollten wegen angeblicher Beteiligung an Drogengeschäften an die USA ausgeliefert werden, sofern diese es wünsche. Vor allem die MRTA hatte während des "Golfkriegs" mehrmals US-amerikanische Militäreinrichtungen angegriffen und zerstört.

Die Erfolg der Polizei dürfte dem peruanischen Regime aber noch auf den Kopf fallen: Bereits einmal, 1989, war Polay verhaftet worden, konnte aber kurz später mit 46 GenossInnen aus dem Gefängnis flüchten. Schlimmer aber dürfte sich die Erkenntnis auswirken, daß die Menschen in Peru es verstehen, sich auch ohne "Chefs" zu organisieren. Große Landesteile, darunter auch Teile der Hauptstadt Lima, werden de facto von Volkskomitees verwaltet.

Panama: Toter GI, Demonstrationen und "falsche" Tränen

Bei einem Überfall auf ein Fahrzeug der US-Besatzungstrup-

tribüne wehte. Bush mußte verschwinden und konnte seine Rede lediglich im Beisein von US-Militärs und der panamesischen Regierung auf einem US-Luftwaffenstützpunkt halten.

Im Verlauf der Invasion wurden 1989 beim Bombardement der Armeviertel mindestens 3000 Menschen von den US-Truppen ermordet.

Guerilla-Offensive in Kolumbien

Nachdem die Verhandlungen zwischen kolumbianischen Guerilla-Gruppen und der Regierung in Mexico bereits an der Ausarbeitung eines Themenkatalogs gescheitert waren, kam es in den vergangenen zwei Wochen zu den heftigsten Gefechten seit Monaten. Nach Angaben des Generalstabs der kolumbianischen Armee wurden 40 Guerilleros bei dem Versuch, die Stadt Dabeiba am Fuße der Anden zu befreien, getötet. Zur Verteidigung der Militärstellungen rund um Stadt mußten 1500 Soldaten eingesetzt werden, von denen 14 getötet und weitere 16 verletzt wurden. Der Guerilla gelang es aber immerhin, mindestens zwei Panzer zu zerstören und einen Kampfhubschrauber abzuschießen.

Im Osten des Landes sind bei einem Angriff der Guerillagruppe FARC (Revolutionäre Bewaffnete Kräfte Kolumbiens) 5 Polizisten mit ihrem Fahrzeug in die Luft gejagt worden. Im Nordosten des Landes wurden in einer Nacht gleich vier Polizeistationen zerstört.

Vergangene Woche unterbrach

Dr. Unter & Dr. Über

Dr. Unter: *An Himmels Pforte steh ich nun
und GEA in die Halle,
wo ich den Betten, Stühlen, Schuh'n
verzauberzaubt verfall.*

Dr. Über: *Während wir darüber nachdenken, wie wir da
wieder herauskommen, sollten wir darüber nachdenken,
warum wir nicht hineinGEANGen sind!*

Dr. Unter: *Die Lange Gasse wird viel näher,
teilst du sie nur durch zwei,
und in der Mittemitt ist GEA,
da schau ich mal vorbei.*

Dr. Über: *GEAistisch gesehen denken wir viel zu viel, wir
sollten einmal daran denken, nicht mehr soviel zu denken,
worüber reden wir eigentlich, Dr. Unter?*

GEA

GehenSitztenLiegen

1010 Wien, Himmelpfortgasse 26, Telefon 512 19 67
1080 Wien, Lange Gasse 24, Telefon 408 36 26



die "Nationale Befreiungsarmee" (ELN) gleich zweimal mit Bombenangriffen die für die kolumbianische Wirtschaft lebenswichtige "Cano-Limon-Covenas"-Öl-Pipeline.

Die Angriffe stehen in Zusammenhang mit einem Besuch des britischen Premiers Major, der sich am Weg zum "Umweltgipfel" in Rio die neuesten Erdöl-Raubereien der "British-Petrol" (BP) anschauen wollte. Nunmehr wird die kolumbianische Armee Sondereinheiten zum Schutz der ÖL-Anlagen aufstellen.

In zwei Briefen an eine in Bogota erscheinende Zeitungen erklärte die ELN Radiostationen und Sendetürmen zu bevorzugten Angriffszielen der Guerilla, da diese Teil der Privatisierungspolitik der Regierung seien. In einem gemeinsamen Komunique von ELN und FARC wurden Einrichtungen Multinationaler Konzerne als ständiges Ziel bewaffneter Angriffe bezeichnet, da sie die Hauptschuld an den schlechten Lebensbedingungen der kolumbianischen Bevölkerung tragen.

Menschenjagd in Griechenland

Aufgrund eines bereits vergangenen November beschlossenen Gesetzes lauern seit 2. Juni Spezialeinheiten der griechischen Polizei auf einreisewillige Nichtgriechen ohne Geld und Reisepapiere.

Die Regierungspropaganda klingt vertraut: Über 230 000 "illegale AusländerInnen" sollen sich laut des Ministers für öffentliche Ordnung in Griechenland aufhalten und dort soziale Spannung schaffen. Außerdem erhöhten diese die Kriminalitätsrate.

Die den Spezialeinheiten in die Hände gefallenen Menschen ohne griechische Staatsangehörigkeit müssen den Abschied in ihr "Herkunftsland" fürchten. Griechische Arbeits- oder UnterkunftsgeberInnen müssen mit Gefängnisstrafen bis zu drei Monaten rechnen. Weiters müssen sie die Kosten der "Repatriierung" der Flüchtlinge tragen!

Taiwan: Polizei überfällt UmweltschützerInnen

Hunderte von Polizisten stürmten am Morgen des 26. Mai ein Camp protestierender UmweltschützerInnen. Nahezu 300 BewohnerInnen des Camps leisteten mit Steinen, Waffen und Mollis Widerstand und verletzten 69 Polizisten, 4 davon schwer. Im Gegenzug nahm die Polizei sieben Personen wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt fest.

Das Camp war am 1. Mai von BewohnerInnen nahegelegener Ortschaften aus Protest gegen die Verschmutzung der Gegend durch eine Öl-Raffinerie errichtet worden. Die

BewohnerInnen des den Haupteingang der Raffinerie blockierenden Camps forderten umgerechnet 350 000 Öschis für jede Familie als Wiedergutmachung für durch Luft- und Bodenverschmutzung entstandene Schäden sowie etwa 65 Mio Öschis zur Entwicklung des Dorfes.

Nachdem nun die staatliche Umweltschutzbehörde "herausgefunden" hatte, daß die Raffinerie den gesetzlichen Bestimmungen entspreche, wurde die Räumung des Camps angeordnet.

Baskenland: Erfolgreicher Kampf gegen Autobahn

Im Zuge der Anbindung Spaniens an die EG beschloß die spanische Regierung 1986 den Ausbau mehrerer Autobahnen. Eine davon sollte mitten durch bis heute unberührte Landschaften Euskadis gezogen werden und ebendiese zerstören. Dagegen erhob sich bald Widerstand in Form von Informationsveranstaltungen, Hungerstreiks und Demonstrationen mit bis zu 35 000 Menschen.

Der Widerstand gegen die Autobahn schloß sich schließlich in der Gruppe "Lurraldeia" (für die Erde) zusammen und erarbeitete Gutachten über die schädlichen Auswirkungen der Autobahn und schließlich auch eine Alternativ-Trasse. Eine Volksabstimmung wurde gefordert.

Ab 1988 unterstützte die linksnationalistische Gruppe "Herri Batasuna" die AutobahngegnerInnen.

In der Folge mehrten sich die Angriffe radikaler baskischer UmweltschützerInnen auf Einrichtungen des Autobahnbaus und schließlich griff die ETA Firmen an, die sich am Projekt beteiligten. Nachdem sich alle baskischen Firmen vom Projekt zurückgezogen hatten, übernahm eine Madrider Firma unter Schutz der Guardia Civil den Bau.

Schließlich wurde es der konservativen baskischen Regierungspartei an Kosten zuviel: Sie stimmte, um die Kosten der Sicherung zu sparen, einem Abkommen mit den UmweltschützerInnen zu, welches die Rettung eines Teils der bedrohten Gebiete sichert.

Verhaftungen von mutmaßlichen ETA-MitgliederInnen

In letzter Zeit erschienen einige Artikel zu der Verhaftung von einigen, wichtigen ETA-MitgliederInnen. In Spanien und Frankreich waren Menschen verhaftet worden, die aus dem baskischen Widerstand kamen, teilweise waren das auch Abge-

DESERTEURSBERATUNG

ES GIBT AUF DER BALKANHALBINSEL NICHT NUR KRIEG, SONDERN AUCH ZEHNTAUSENDE KRIEGSDIENSTVERWEIGERER. VIELE VON IHNEN SIND NACH WIEN GEFLÜCHTET, UM DEN SCHARFEN SANKTIONEN ZU HAUSE ZU ENTGEHEN.

WIR BEMÜHEN UNS:
 - RECHTSBERATUNG
 - UNTERSTÜTZUNG UND BERATUNG BEI AUFTAUCHENDEN PROBLEMEN ALLER ART
 - SELBSTORGANISATION DER DESERTEURE
 - ASYL- UND AUFENTHALTSRECHT ANZUBIETEN UND DURCHZUSETZEN.

WIR SUCHEN EURE KONKRETE UNTERSTÜTZUNG:

- FREIWILLIGE MITARBEIT IN DER BERATUNG
 - BETREUUNG EINZELNER DESERTEURE
 - KURZ- UND LANGFRISTIGE UNTERKUNFTSMÖGLICHKEIT
 - POLITISCHE MITARBEIT
 - FINANZIELLE UNTERSTÜTZUNG

WENN IHR INTERESSE AN KONKRETER MITARBEIT UND UNTERSTÜTZUNG HABT MELDET EUCH BITTE BEI: DESERTEURSBERATUNG (BARBARA) JEDEN MONTAG 12-15 UHR : 53 59 109 SCHOTTENGASSE 3A/1/59; 1010 WIEN

ordnete der HB (Herri Batasuna, die meistgewählte soziale Bewegung, nicht nur im spanischen Staat, sondern in ganz Europa).

Einer von ihnen ist Senator Inigo Iruin, der von den bürgerlichen Medien sofort zum "Führungsmittglied der ETA" ernannt wurde.

Aber nicht nur Einzelpersonen sind von den Diffamierungen und Verleumdungen des spanischen Staates und dessen bürgerlichen Zeitungen betroffen, auch die linke Zeitung "egin" kann davon ein Lied singen.

Partei- und Gewerkschaftsspit-

zen sind Mittelpunkt von Ermittlungen der Staatsanwaltschaft im Zusammenhang mit illegaler Revolutionsbesteuerung (für die ETA). Dutzende Verfahren sind diesbezüglich gerade im Laufen.

Der derzeitigen Kriminalisierungswelle noch nicht genug, hofft die regierende PSOE (nennen sich angeblich "Sozialdemokraten"), daß nächstes Jahr bereits das revidierte Strafgesetz in Kraft tritt. Dann jedoch wird es heikel, Parallelen zum 129a sind zwar nicht erwünscht, sind aber stark zu befürchten.



“Das wirtschaftliche Anpassungsprogramm, das der IWF diktiert hat, trägt die Verantwortung für die zunehmende Choleraepidemie in Peru. Das Land befindet sich ohne Zweifel in der Lage, daß es nicht mehr Mittel zur Bekämpfung der Cholera einsetzen kann, weil es die vom IWF und der Weltbank geforderten Zahlungen begleichen muß.”

Hiroshi Nakajima, Generaldirektor der WHO, bei einer Pressekonferenz in Peru im Frühjahr 1991¹⁾

Machtinstrument Bevölkerungspolitik

Teil 2: Realpolitik mit Frauenkörpern

Kolonialistische Bevölkerungspolitik begann vor 500 Jahren mit der Ausrottung der Indigenas in Mittel- und Südamerika. Die Methoden sind bis heute die gleichen geblieben: Massaker, Hungerpolitik, Förderung von Drogenkonsum und Drogenhandel und Verbreitung von Seuchen (siehe obenstehendes Zitat).

Neu hinzugekommen ist in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts die Möglichkeit, die Geburt von zusätzlichen Menschen überhaupt zu verhindern. Damit wurde Geburtenkontrolle zum zentralen Bestandteil der Bevölkerungspolitik.

Geburtenkontrolle bedingt aber die Kontrolle über die Gebärfähigkeit der Frauen, damit die Kontrolle über das gesamte Leben der Frauen an sich. Konsequenterweise werden denn auch die Frauen für die angebliche Überbevölkerung²⁾ verantwortlich gemacht.

(Frauengruppe Antigena)

Akteure, Profiteure, Objekte

Bevölkerungspolitik wird heute von einer Unzahl staatlicher und privater, nationaler und internationaler Familienplanungs- und Entwicklungsorganisationen betrieben, wie zB der US-AID (US-Agency of International Development), der IPPF (International Planned Parenthood Federation), der UNFPA (UN-Foundation of Population Activities), der Weltbank und dem Population Council, aber auch der WHO (Weltgesundheitsorganisation).

Finanziert wird Geburtenkontrolle zu einem großen Teil über Entwicklungshilfegelder und Kredite von den Industriestaaten oder internationalen Organisationen, wie zB der Weltbank.

Allen Bevölkerungsstrategien gemeinsam ist die Ideologie, daß mit technischen Mitteln alles machbar ist. Somit läßt sich das “Problem Überbevölkerung” mit Verhütungsmitteln und Familienplanung “lösen”. So werden denn auch großangelegte Programme zur Geburtenkontrolle an Frauen ausgeübt, die meist keine Entscheidungsgewalt mehr darüber haben, was mit ihren Körpern geschieht.

Die Gewinne aus dem Verkauf der Verhütungsmittel gehen zum größten Teil an die Pharma-Multis, obwohl diese kaum noch in Forschung und Entwicklung von Verhütungsmitteln investieren, da ihnen die Risiken, zB Haftpflichtforderungen, zu hoch erscheinen. Deshalb läuft die Forschung im Verhütungsmittelbereich heute vorwiegend über internationale Organisationen, wie den “Population Council”, oder das “Human Reproduction Program” (HPR) der WHO.

Ausgeführt wird die Geburtenreduktion unter dem Mantel der “Familienplanung”, der “Familienwohlfahrt” oder der “Mutter- und Kind-Gesundheitsfürsorge”. Als Folge davon werden Mittel, die früher in Basis-Gesundheitssysteme flossen, heute beinahe

ausschließlich für die Familienplanung verwendet. “Gesundheit von Mutter und Kind” existiert praktisch nur noch im Zusammenhang mit Familienplanung. So untersucht in Bangladesh die UNFPA in einer Studie, wieviel minimale Gesundheitsver-



sorgung den Frauen geboten werden muß, um die Akzeptanz für Familienplanung zu erhöhen³⁾.

Alle Lebensbereiche von Frauen werden mehr und mehr durch Bevölkerungspolitik bestimmt: der Zugang zu Gesundheitswesen und Verhütungsmitteln, der Zugang zu Bildung und Arbeit und der Grad, in dem man ihnen ein Recht auf Selbständigkeit, ökonomische Autonomie und Selbstbestimmung über Geburten zugesteht.

Zwang als bevölkerungspolitisches Werkzeug

Dem Druck, Familienplanung nach westlichem Muster betreiben zu müssen, können sich Frauen des Trikonts kaum mehr entziehen. Der Zugang zu Gesundheitswesen und Ausbildung wird abhängig gemacht von der Teilnahme an Familienplanung, das heißt Sterilisation oder Einnahme von hormonellen Verhütungsmitteln.

Dasselbe gilt für die Teilnahme an Arbeitsprogrammen von nationalen und internationalen Entwicklungshilfe-Organisationen.

In El Salvador werden Frauen Produk-

tionskredite für die Aufzucht von Hühnern nur dann gewährt, wenn sie sich zur Teilnahme an Familienplanungsprogrammen verpflichten.

In Brasilien verlangen immer mehr Arbeitgeber, daß Frauen sich sterilisieren lassen, falls sie angestellt werden wollen.

Während einer Hungersnot in Bangladesh, ausgelöst durch die Flutkatastrophe von 1984, wurde die Abgabe von Lebensmitteln mit der Auflage verbunden, sich sterilisieren zu lassen.

In Indonesien wurde einem Dorf der Bau einer neuen Straße mit der Begründung verweigert, es nähmen nicht alle Frauen des Dorfes an der Familienplanung teil.

Für die Einnahme von Verhütungsmitteln oder für die Durchführung einer Sterilisation werden die Frauen in Indien mit Geld und in Bangladesh mit Kleidung “belohnt”.⁴⁾

Rassistisch und Sexistisch

Familienplanungsprogramme werden auch innerhalb des Trikonts keineswegs ungeachtet der Rassen-, Geschlechter- und Schichtzugehörigkeit durchgeführt:

Geburtenkontrolle ist ein wichtiger Bestandteil der versteckten, rassistischen Dezimierung der schwarzen Bevölkerung Brasiliens. Während dort im Landesdurchschnitt ca 45 % jeder Frauen, die Verhütung betreiben, sterilisiert sind, so sind es in einigen armen und vor allem von Schwarzen bewohnten Gegenden 80 %. Umgerechnet auf alle Frauen im gebärfähigen Alter ergibt sich dort eine Sterilisationsrate von 56 %.

Beim Genozid an der Bevölkerung Osttimors durch die indonesische Regierung spielt die Geburtenkontrolle ebenfalls eine wichtige Rolle: In Dili zB bekamen alle Mädchen, aber keine Burschen einer Hochschule eine Spritze unter der Behauptung, es sei eine Tetanuspritze, in Wahrheit handelte es sich um Verhütungsspritzen.

In Indien wird die massenhafte Abtreibung weiblicher Föten toleriert. Dies hat

zur Folge, daß Indien zu den einzigen vier Ländern dieser Welt gehört, in denen weniger Mädchen als Knaben geboren werden. Das Abtreiben weiblicher Föten nach Fruchtwasseruntersuchungen nimmt in erschreckendem Maße zu.⁵⁾

Gesundheitsgefährdung statt Selbstbestimmung

Die heute hauptsächlich am Trikont gebräuchlichen hormonellen Langzeitverhütungsmittel, wie Dreimonatsspritzen und Implantate (Kapseln, die zB am Oberarm eingepflanzt werden), entsprechen weder den kulturellen Voraussetzungen der betroffenen Frauen, noch ihrem Anspruch auf Selbstbestimmung über die Gebärfähigkeit. Im Gegenteil, sie entziehen den Frauen weitgehend die Kontrolle über die Fortpflanzung und liefern sie modernsten Technologien aus.

Die zahlreichen Nebenwirkungen der hormonellen Verhütungsmittel gefährden und beeinträchtigen die Gesundheit von Millionen von Frauen. Nebenwirkungen, wie zB Zwischenblutungen, die in den industrialisierten Ländern weniger ins Gewicht fallen, sind für Frauen gefährlich, welche infolge von Unterernährung an Blutarmut leiden.

Während in der "Ersten Welt" die medizinische Indikation für die Pille immer mehr eingeschränkt wird, wird in der "Dritten Welt" das "Social Marketing-System" gefördert: Verkauf der Pille durch private Kleinhändler, ohne jegliche medizinische Beratung und Kontrolle.⁶⁾

Norplant, ein Implantat, das während 5 Jahren Hormone an den Körper abgibt, wurde in Indonesien 886.000 Frauen eingepflanzt, ohne die Möglichkeit zur jederzeitigen Herausnahme zu gewährleisten. Zum Teil wurde Frauen, die das Produkt nicht vertrugen und gesundheitliche Probleme bekamen, die ärztliche Herausnahme verweigert, woraufhin sich einige Frauen die Kapseln selbst herausrissen.

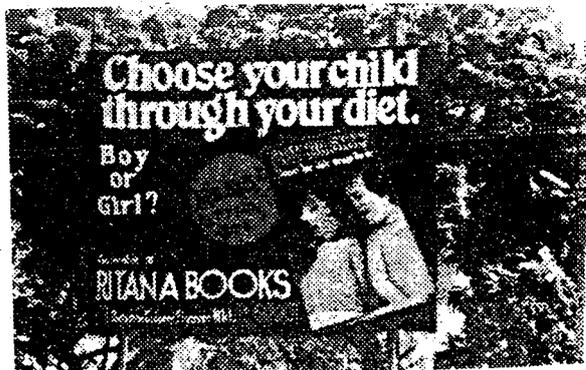
Bleiben die Norplant-Kapseln über fünf Jahre im Körper, erhöht sich das Risiko einer Eileiterschwangerschaft wesentlich. Ebenso konnte der Verdacht, Norplant wirke krebserregend, nicht ausgeräumt werden.⁷⁾

Versuchskaninchen der Wissenschaft

Frauen werden auch als Versuchskaninchen der Verhütungsmittelforschung ausgebeutet:

Bereits in der Testphase befindet sich ein

schwangerschaftsverhütender Impfstoff, der mit der Unterstützung des Population Councils in Indien und mit derjenigen der WHO in Australien entwickelt wurde. Mit diesem Impfstoff — einer Verbindung von Tetanus/Diphtherietoxoid und dem Schwangerschaftshormon hCG — entwickelt die Frau eine Immunabwehr gegen das körpereigene Schwangerschaftshormon hCG. Dadurch wird die Einnistung des befruchteten



Werbung für Geschlechtsbestimmung in Neu-Dehli

ten Eis in der Gebärmutter verhindert.⁸⁾

Dies bedeutet die erstmalige Manipulation des körpereigenen Immunsystems, mit dem erklärten Ziel, die "Krankheit Schwangerschaft" zu bekämpfen. Es ist zZt noch nicht absehbar, welche Folgen es haben kann, wenn der Körper anfängt, seine eigenen Hormone zu bekämpfen. (Dieser Impfstoff wird demnächst in Schweden und Peru [vielleicht war's auch ein anderes Land, jedenfalls am Trikont] zur Anwendung kommen; Anm. d. Tipperin).

Eine große Gefahr des Impfstoffes ist auch die völlige Unkontrollierbarkeit für die Frauen selbst: Es wird somit jederzeit möglich, Frauen unter dem Vorwand einer zB Tetanus-Impfung hormonell wirksame Stoffe einzuzupfen (siehe Beispiel Osttimor). Das würde auch eine logische Konsequenz in der Entwicklungsreihe der Mechanismen zur Geburtenkontrolle (mechanische Verhütungsmittel - Pille - Sterilisation - Dreimonatsspritze - Implantate) darstellen.

Die schon immer frauenverachtende abendländische Wissenschaft setzt Frauen Versuchen aus, welche unabsehbare Nebenwirkungen sowohl auf ihre Fruchtbarkeit, als auch auf ihr körpereigenes Immunsystem haben können.

Folgerungen

Bevölkerungspolitik ist abzuschaffen.

Stattdessen muß die Selbstbestimmung der Frauen über ihr Leben, über ihre Sexualität und ihre Gebärfähigkeit erkämpft werden.

Das bedeutet:

Die jeweiligen Lebensbedingungen von Frauen müssen von Anfang an in die Entwicklung von Verhütungsmitteln einbezogen werden.

Verhütungsmittel müssen von Frauen regional entwickelt und beurteilt werden.

Verhütungsmittel dürfen die Gesundheit der Frauen in keiner Weise gefährden. Die Verhütung muß zu jedem Zeitpunkt durch die Frau kontrollierbar sein.

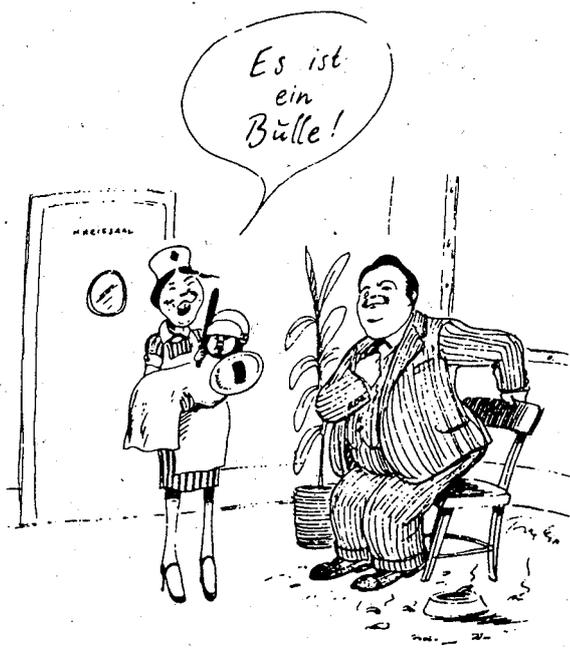
Der Zugang zu einem ausgebauten Gesundheitswesen muß gewährleistet sein und darf nicht mit familienplanerischen Auflagen verknüpft werden.

Männer müssen in den Bereichen Sexualität, Fortpflanzung und patriarchales Verhalten kritisch geschult werden.

Die ökonomische Existenzsicherung und der Zugang zu Bildung sind Grundvoraussetzung zu selbstbestimmtem Handeln und müssen weltweit für alle erkämpft werden.

Alle Aktivitäten in den Bereichen Gesundheitsversorgung, Verhütung und Bildung müssen die genannten Zielsetzungen verfolgen, statt sie für bevölkerungspolitische Zwecke zu mißbrauchen.

Erpresserische Auflagen durch die internationalen, multi- und unilateralen Organisationen (wie Weltbank, Population Coun-



cil oder US-AID) zur Senkung der Geburtenraten, sind als erstes und sofort zu unterlassen.

Der Propaganda, die weltweiten Probleme ließen sich durch Bevölkerungskontrollprogramme in der "Dritten Welt" lösen, muß ebenfalls sofort der Riegel vorgeschoben werden.

Dieser Text ist aus dem Positionspapier

zur Bevölkerungspolitik der Züricher Frauengruppe Antigena gegen Gentechnologie, Bevölkerungspolitik und Fortpflanzungstechnologie. Der andere Teil, der sich grundsätzlich mit dem "Mythos Bevölkerungspolitik" auseinandersetzt, ist bereits im TATblatt minus 29 erschienen.

Die Frauengruppe Antigena plant, auf der Grundlage dieses Papiers einen Text in der Presse zu veröffentlichen, der von möglichst vielen Gruppen/Initiativen unterzeichnet sein soll. Welche sich also inhaltlich damit identifizieren können, können sich bei

Antigena
c/o Frauenzentrum
Mattengasse 27
CH-8005 Zürich
melden.

Fußnoten:

1) zitiert nach der Zeitschrift "Third World Resurgence", Juni 1991

2) zum Ausdruck "Überbevölkerung" siehe unbedingt auch den ersten Teil des Artikels im TATblatt minus 29

3) Heide Mertens, Peripherie Nr. 36, Juni 1989

4) El Salvador: Mündl. Auskunft Zentralamerika-Sekretariat, Zürich

Brasilien: Erklärung von Bern, Dokumentation Nr 4/91

Indien und Indonesien: Cary LaCheen, "Population Control and the Pharmaceutical Industry" in: Advers Effects, Women and the Pharmaceutical Industry, Hsg. Kathleen McDonnell, IOCU 1986

Bangladesh: Betsy Hartmann; "Bankers, Babs and Bangladesh", in: The Progressiv, September 1990

Sumati Nair, "Imperialisme and the control of Women's Fertility", The Campaign against Long-Acting Hormonal Contraceptives, London und Amsterdam 1989

5) Brasilien: Lucia Ribeira, Referat zum Bericht einer parlamentarischen Untersuchungskommission zur Verhütung in Brasilien, FINN-RAGE/REDEH-Kongress, 30.9. - 10.10.91, Rio de Janeiro

Osttimor: Betsy Hartmann, a.a.O., sowie von "Tapol, the Indonesia Human Rights Campaign", April 1989, (in deutscher Sprache zB nachzulesen in E.coli-bri Nr. 7, Hamburg, Juni 1991)

Indien: Human Development Report 91, Oxford University Press, New York

6) Carry LeCheen, a.a.O., sowie Heide Mertens, a.a.O.

7) Norplant: Betsy Hartmann, Summary of "Service delivery Systems and Quality of Care in the Impementation of Norplant in Indonesia", Population Council, New York, 1990, sowie der malaiischen KonsumentInnenzeitung Utusan Konsumer, Mitte Mai 1991

8) Impfung gegen Schwangerschaft: WHO, Special Training of Research, Development and Research Training in Human Reproduction, Biennial-Report 1986/87

Vaccine, Vol. 7, April 1989, "Anti-Fertility Vaccine"

Ulrike Schaz, "Antikörper gegen Schwangerschaft", Dokumentarfilm zur Bevölkerungspolitik und der Entwicklung der Impfung gegen Schwangerschaft, Hamburg 1991

Appropos Selbstouting: Ich gebe es ja zu...

Ja ich bin einer! ICH BIN EIN GLÄUBIGER KATHOLISCHER CHRIST !!!Irgendwann wäre es ja sowieso herausgekommen!

Flugblatt vom 1.5.92

Katholikenproblem lösen!

Um es gleich vorweg zu sagen: Wir haben nichts gegen Katholiken. Im Gegenteil, jeder Katholik, der sauber ist und hier seit Jahren Steuern zahlt, ist uns willkommen. Wir wehren uns nur dagegen, daß wir Schleswig-Holsteiner durch den Zustrom von schwarzen Schafen und ihren bischöflichen Hirten unsere kulturelle Identität verlieren.

Leider ist es den meisten Katholiken aufgrund ihrer fundamentalistischen Einstellung bisher nicht gelungen, ihre naturreligiöse Vorstellung von Sexualität, nach der sexuelle Handlungen nur zum Zwecke der Fortpflanzung ausgeübt werden dürfen, abzulegen. Das führt dazu, daß diese Bevölkerungsgruppe, die wir einst als Gäste in unser Land riefen, sich hier vermehren, wie die Karnickel in der Geest. Sind es nicht jene Katholiken, die durch ihre beharrliche Ablehnung jeder Form von Empfängnisverhütung in erheblichem Umfang zur Verschärfung von Problemen wie Wohnungsnot und Arbeitslosigkeit beigetragen haben und damit die Stabilität der D-Mark in Gefahr bringen?

Nach Untersuchungen des Landeskriminalamtes Bayern wurde eindeutig nachgewiesen, daß 78,47 % aller bayerischen Straftäter Katholiken sind. Allein diese Zahl macht schon deutlich, daß der dramatische Anstieg der Kriminalität in den letzten Jahren nicht unabhängig vom Katholikenproblem betrachtet werden darf. Noch stellen die Katholiken in unserem Schleswig-Holstein eine Minderheit dar, doch alleine in der Zeit von 1961 bis 1987 hat sich diese Zahl um mehr als 22 % auf 157.000 erhöht. Schon das Symbol, das die Katholiken anbeten, das Bildnis eines Gefolterten am Kreuz, ist ein beredtes Zeugnis der latenten Gewaltbereitschaft dieser Gruppe. Muß es erst soweit kommen, daß sich keine schleswig-holsteinische Frau mehr aus Angst vor Katholiken auf die Straße traut?

Nach wie vor stehen eine Vielzahl der religiösen Rituale der Katholiken im eklatanten Widerspruch zum Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland. Hierzu nur zwei Beispiele: Während das Grundgesetz Ehe und Familie unter den besonderen Schutz der Gemeinschaft stellt, verbietet die Katholische Kirche ihren Priestern kategorisch die Eheschließung und Familiengründung.

Während nach dem Grundgesetz Männer und Frauen gleichberechtigt sind, ist es den Frauen in der Katholischen Kirche verboten, Priesterin zu werden.

Muß es erst soweit kommen, daß der Erzbischof von Köln die Macht an sich reißt,

um das Grundgesetz außer Kraft zu setzen und seinen sogenannten Gottesstaat ohne demokratische Legitimation zu errichten?

Besonders besorgniserregend ist für Fachleute die Tatsache, daß zwischen der Einführung des Bundessozialhilfegesetzes im Jahre 1961 und dem Anstieg der Katholikenzahl in Schleswig-Holstein direkte Zusammenhänge vermutet werden können. Hier ruhen sich Katholiken ganz offensichtlich in der Hängematte unseres Wohlfahrtsstaates aus. Zwar sind wir noch eines der reichsten Länder dieser Erde, aber wie lange können wir uns diesen Mißbrauch durch die Katholiken noch leisten?

Bereits jetzt sind die negativen Einflüsse der Katholiken auf die deutsche Wirtschaft erkennbar.

Die hohe Anzahl ihrer religiösen Feiertage führt zu Produktionseinbußen in Milliardenhöhe. Dies hat die Konkurrenzfähigkeit z.B. zur japanischen Industrie, in der so gut wie keine Katholiken arbeiten, erheblich beeinträchtigt. Muß die deutsche Wirtschaft erst völlig am Boden liegen, bis die Katholikenflut eingedämmt wird?

Die Katholiken haben einen eigenen Staat, eine Heimat, in der sie nicht unterdrückt und verfolgt werden. Wenn sie zu uns kommen, geschieht dies in der Regel nur aus wirtschaftlichen Gründen, obwohl der Vatikan das höchste Pro-Kopf-Einkommen der Welt hat. Müssen wir am Ende alle 900 Millionen Katholiken der Erde bei uns aufnehmen?

Nein, wir können das Katholikenproblem dieser Welt nicht alleine lösen und die zunehmende Katholikenfeindlichkeit in Schleswig-Holstein erfordert sofortiges Eingreifen und Handeln.

Wir schlagen deshalb vor:

- Abweisung aller Katholiken an den Grenzen Schleswig-Holsteins!

- Sofortige Abschiebung aller kriminellen Katholiken in den Vatikan!

- Erteilung einer befristeten Aufenthaltsgenehmigung für Katholiken nur bei Nachweis eines Arbeitsplatzes!

- Abschaffung des Wahlrechts für Katholiken!

- Ausweisung aller Katholiken bei Sozialhilfebezug und Arbeitslosigkeit!

- Unterbringung aller Katholiken in Gemeinschaftsunterkünften!

- Ausweisung der Katholiken bei verfassungsfeindlichen Aktivitäten!

DAS BOOT IST VOLL ! STOPPT DIE KATHOLIKENFLUT !

Im letzten TATblatt erschienen zwei Briefe, die von 6 anarchistischen Gruppen unterschrieben waren, in denen sie harte Vorwürfe bezüglich eines Artikels äußerten, der im TATblatt -55 vom 12. Februar erschienen ist. Hier unsere Antwort auf die beiden Briefe:

Antwort des TATblatt-Kollektivs zur Kritik anarchistischer Gruppen aus Griechenland:

Wir bekamen den Artikel "Griechenland: Streikbewegung und Hausbesetzungen" (TATblatt -55, 12.2.91) von der "ANNA" (das ist die Abkürzung für "Andere Nachrichten" und ist eine linke Nachrichtensammlung und Telefonzeitung), auf die wir oft zurückgreifen und deren Artikel wir oft übernehmen.

Wir können eure Wut und Verbitterung darüber verstehen, daß ein Euch nahestehender griechischer Anarchist, gegen den, wie ihr schreibt, sehr repressiv vorgegangen wird, in unserer Zeitschrift auf Grund von Gerüchten als Spitzel diffamiert wurde.

Wir versichern Euch, daß wir mit dem Abdruck dieses Artikels nicht die Absicht verfolgt haben, soziale Kämpfe in Griechenland zu verleumden oder Euren Genossen Mazokopos als Spitzel zu diffamieren.

Im Gegenteil, durch Übernahme des Artikels, der für uns sehr informativ schien und den wir als authentischen Reisebericht linker Menschen betrachtet haben, wollten wir Informationen über linke/linksradikale Kämpfe in Griechenland weitergeben.

Wir sehen es als unseren Fehler, daß wir durch den Abdruck dieses Artikels ein Gerücht über Mazokopos verbreitet haben. Insofern sind wir schlampig und verantwortungslos mit diesem Artikel umgegangen.

Gerüchte sind aus Artikeln prinzipiell rauszuhalten, damit dadurch Spekulationen und somit auch Diffamierungen kein Raum gegeben wird!

Eure Angriffe gegen uns, daß die im Artikel verbreiteten Informationen "nur eine sehr kranke Phantasie (oder womöglich noch etwas anderes) hervorbringen konnte" und daß ihr "einer massiven Schmähung" Einhalt gebieten wollt, "die in ihrer Form nur mit dem Gebrülle von Goebbels zu vergleichen ist", finden wir aber auch daneben. Auch können wir mit eurer pauschalen Aussage "Die Lügen, die hier veröffentlicht werden, sind so zahlreich, daß es viel Arbeit und Mühe erfordern würde, was diese Texte betrifft, die Tatsachen wieder zu berichtigen." nichts anfangen. Diese Kritikpunkte würden wir euch schon bitten, konkreter auszuformulieren, denn es ist auch in unserem Interesse, Falschinformationen — wenn sie schon unterlaufen — zu widerrufen.

Ungenauigkeiten oder Falschinformationen in Artikeln linker Zeitschriften müssen und sollen kritisiert werden.

Es ist für uns hier in Wien sehr schwer, über geographisch weit entfernte GenossInnen und ihre Kämpfe zu berichten. Den-

noch finden wir es wichtig, es zu tun. Dabei sind wir leider viel zu sehr auf Informationsquellen angewiesen, die nicht so leicht überprüfbar sind.

Wir bitten euch, in einen solidarischen Informationsaustausch mit uns zu treten. Schreibt uns auch die anderen Kritikpunkte an dem im TATblatt veröffentlichten Artikel, schreibt uns wer hinter den Verleumdungen des Genossen Mazokopos stehen kann, und ob solche Verleumdungsaktionen, etwa zum Zwecke der Spaltung der Linken öfter bei euch vorkommen. Und schickt uns bitte in Zukunft Infos über eure Situation, eure sozialen Kämpfe, schickt uns

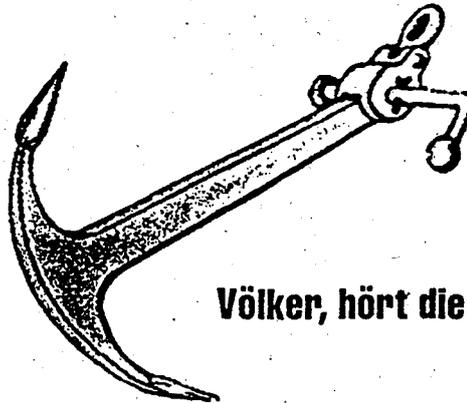
eure Medien,...

Nur so können wir zu authentischen Informationen kommen. Nur so können so fatale Fehler, wie dem aus dem TATblatt minus 55, vermieden werden.

Wir werden aber auch intern versuchen, Konsequenzen aus dem Fehler zu ziehen, und nach Wegen eines genaueren Umganges mit Artikeln suchen. Wiewohl wir aber auch wissen, daß wir nicht alle Informationen überprüfen können.

Mit solidarischen Grüßen
Liebe und Kraft!
das TATblatt-Kollektiv

DER WIENER RADIOMACHER BRINGT NEUE SENDELEISTEN
UND MEHR KOORDINATION.



Völker, hört die Signale!

18 Uhr

- Mo: Radio COD
Ohne Rücksicht auf
Hörgewohnheiten
Di: Radio BREIFREI
Vernachlässigte österreichische
Musik
Mi: Radio BOILER
Frauen, Medien, Politik, Musik
Do: Radio HOTZENPLOTZ
Music, Politics, Fun, Sports
Fr: Radio TU
Mehr als Studentenpolitik
Sa: Radio SISTERS IN VOICE
Weibliches und männliches

19 Uhr

- Mo: Radio BASSENA
Urwälder Bassentratsch
Di: Radio ZORN / OTAKRING
Literatur und Hörspiel
Mi: Radio FILZLAUS
Das erste Wiener Schwulenradio
Do: Radio LISANE!
Features und Musikerporträts
Fr: Radio SUKKUBUS
Satanische Ätherbeschmutzungen
Sa: Radio RUBBER
Hip Hop & Regamuffin

20 Uhr

- Mo: Radio BAZERK
Musik
Di: Radio AUDIMAX
Magazin für Studenten und andere
Mi: Radio RAMS
Rebel Army Of Militant Sheep
Do: Radio URBAN-AL(L) /
WUNDERLAND
Musik / Alice und ihre
Freundinnen
Fr: Radio DURUTTI ← *
Anarchisches
Sa: Radio BLUE NIGHT
Musik

MONTAG 7 Uhr

FRÜHSTÜCKSRADIO
Zwei Stunden Frühstück ohne Werbung

SONNTAG 14 Uhr

GEMEINSCHAFTSENSENDUNG
Live: Interviews, Gespräche
und Publikumsbeteiligung

Alle auf UKW 103.3 MHz
Spenden: CA 6064-02-45381

Weitere Piraten auf noch unbelegten
Sendeleisten sind willkommen.

Termine:

Wien

16. Juni bis 22. Juni, jeweils 20 Uhr 30; AERA (1010, Gonzagag. 11): **„Der Aufzug - Ein Stück über InländerInnen, AusländerInnen und Zugvögel.“**

Mi, 17. Juni, 20 Uhr; Elektrotechnisches Institut der TU (1040, Gußhausstr. 27): **„Palästina und die Neue Weltordnung.“** Diskussion über die sogenannte Nah-Ost-Friedenskonferenz und die aktuelle Situation der Intifada.

Mi, 17. Juni, 18 Uhr 30; IWK (1090, Bergg. 17): **„Blick in den Süden - Die andere Seite der Reproduktionstechnologie“**, mit Ute Winkler.

Mi, 17. Juni, 19 Uhr; Heldenplatz: **„Konzert für ein anderes Österreich“**

Fr, 19. Juni, 19 Uhr; Vorraum des Audimax der TU (1060, Getreidemarkt 9): **!!!TATblatt-Fest!!!** Mit Musik - Lion Horse Posse (HipHop aus Mailand), Nar Malik und Zille 24 (beide Wien) -, Essen, Trinken, Tombola,

Fr, 19. Juni, 10 Uhr bis 18 Uhr; Neuer Markt/Donnerbrunnen: **„6. Wiener Parkplatzbesezung“** Autos raus aus der Innenstadt, freier Platz für freie BürgerInnen. Gib Autos keine Chance!

Fr, 19. Juni, 19 Uhr; Gastgarten des Gasthofes „Stadt Brunn“ (1080, Strozzig. 39): **„Das Miststück“** (Luksch/Blaha/Schrieff), Posse mit Gesang; MotzArt und Kompost-Tiger präsentieren das bewegte Schicksal eines Gartenbesitzers, der naturnahes Gärtnern und Kompostieren betreibt.... Kartenbestellungen: 938 79 54 oder Kompost-Tiger, Apollg. 14/II/11, 1070.

Mo, 22. Juni, 20 Uhr; Siebensterng. 34 (ex-Volksstimme): **Soziologiefest**

Di, 23. Juni, 19 Uhr; Saftbeisl (1060, Morizg. 6): **Abschlußfest!!** mit Reinhard Liebe und seine Leut

Di, 23. Juni, 20 Uhr; Türkenwirt (bei BOKU Uni, 1180, Gregor Mendel Str. 33): **„Das Miststück“** s.o.

Di, 23. Juni, 20 Uhr; Elektrotechnisches Institut TU (1040, Getreidemarkt 27-29, Kontaktraum 6. Stock): **„Irak - Neue Weltordnung - und die kurdische Frage.“** Diskussion mit Dr. Susanne Rasoul-Rockenschau (Witwe eines in Wien ermordeten irakischen Kurden.

Do, 25. Juni, 20 Uhr; Elektrotechnisches Institut TU (s.o., Hörsaal 8): **„Die Neue Weltordnung: Machtpolitik statt Völkerrecht?“** Diskussion über die Libyen-Sanktionen der UNO mit Prof. Hans Köchler (Philosophische Fakultät Uni Innsbruck, Präsident der International Progressive Organisation).

Di, 30. Juni, 20 Uhr; TU, Institut für Informatik (Porrhaus, Treitlstr. 3; beim Karlsplatz): **„Bomben - Hunger - Blockaden.“** Podiumsdiskussion: Wer braucht die neue Weltordnung? mit Karam Khella (Sozialwissenschaftler Uni Hamburg), Biplab Basu (Wissenschaftler, Mitarbeiter der PDS im Bereich AusländerInnen, Asyl und Innenpolitik) und anderen.

Lesbisch-Schwule-Festwoche Programm '92

Sa, 20. Juni, 20 Uhr: **Eröffnungsfest im HOSI-Zentrum** (1020, Novarag. 40); Musik, Tanz, Buffet, große Tombola (Hauptpreis: einwöchige Flugreise in die !!Türkei!!; wohl ein blöder Scherz, Anm. Tb.)

So, 21. Juni, 14 Uhr: **Kunsth Handwerk** im Garten der ROSA LILA VILLA (1060, Linke Wienzeile 102); nur bei Schönwetter!

Mo, 22. Juni, 21 Uhr: **Lesung: „Die Diktatur der Liebe“** - Alte und neue Einsichten über das Geschlechtsleben der Menschen. Bei Schönwetter im Garten der ROSA LILA VILLA, bei Schlechtwetter im CAFE WILLENDORF

Di, 23. Juni, 20 Uhr: **Gottesdienst.** Evangelische StudentInnengemeinde (1090, Schwarzschanierstr. 13, rechte Stiege, Kapelle), anschließend Buffet.

Mi, 24. Juni, 20 Uhr: **Literarisch-musikalischer Abend** im HOSI-Zentrum. Buchpräsentation: Veronika Saleh: **„Kalte Zeit/Wärme in mir“**, 1. Schwulesbischer Chor, Streichquartett (Werke von Haydn, Mozart, Schostakowitsch). Für Frauen und Männer!!

Do, 25. Juni, 20 Uhr: **Liederabend Michaela Benyr:** **„Zeit - Die Tränen langsam versiegen.“** HOSI-Zentrum

Fr, 26. Juni, 17 Uhr: **Festzug durch die Innenstadt.** **„Wir demonstrieren unser Menschenrecht“.** Treffpunkt: Pestsäule.

Sa, 27. Juni:
14 Uhr: **Lesbenfußballmatch** im Prater. Treffpunkt: Tegetthof-Denkmal Praterstern; jede kann/soll mitspielen; bitte schwarzes oder weißes T-Shirt mitbringen.

14 Uhr: **Selbsterfahrungs-Mal workshop für Männer** in der Werkstatt von Friedemann. Anmeldung und nähere Informationen im HOSI-Zentrum.

21 Uhr: **Abschlußfest in der ROSA LILA VILLA; Disco, Buffet, Grill im Garten.**

Oberösterreich

KAPU (4020, Kapuzinerstr. 23):

Do, 18. Juni bis 21. Juni, täglich 19 Uhr bis 23 Uhr: **Ausstellung.** Einigen Leuten von der KAPU ist es zu wenig **„nur“** Konzertveranstalter zu sein. Daher ist eine Ausstellung von Bildern, Skulpturen, Graphiken und Fotos geplant, um jeden die Möglichkeit zu geben seine Werke zu präsentieren, bzw. Kunst

„hautnah“ zu erleben.

22. Juni - 26. Juni, 21 Uhr 05 bis 22 Uhr; Ö3 OÖ: **Radiolabor on Air!**

Schlachthof Wels (Dragonerstr. 22)

Mi, 17. Juni, 18 Uhr: **2. LehrerInnen/SchülerInnen Antifafest.** Vortrag Günther Kalliauer: **„Wels in der NS-Zeit“** und 20 Uhr 30 Konzert mit den **„Crawling Bones“**

Sa, 20. Juni, 19 Uhr: **Open-Air** mit Confusion, Dickbauer-Erlmoser Duo und sOUNdsO

Liesing—Waldmühle: Ornette pendelt wieder

Am Ostermontag veranstaltete die **„Österreichische Regionalbahninitiative (ÖRBI)“** zum ersten Mal Pendelfahrten auf der für den Personenverkehr seit 1951 gesperrten Lokalbahn von Liesing über Rodaun und Perchtoldsdorf nach Waldmühle. Der Andrang übertraf alle Erwartungen: Statt eines geplanten Schienenbusses mußten deren zwei bei den drei Zugpaaren eingesetzt werden.

Am 28. Juni wird dieses Ereignis daher wiederholt.

Die Pendelfahrten verstehen sich einerseits als einmaliges Bahnereignis, andererseits aber als Demonstration für die Reaktivierung bzw. Erhaltung eingestellter oder bedrohter Nebenbahnen.

Die Züge verkehren am 28. Juni ab Liesing um 10.35, 13.35 und 15.35; ab Waldmühle um 11.56, 14.56 und 16.56. Der Fahrpreis (hin und retour) beträgt 75.—; zahlreiche Ermäßigungen werden angeboten, der Reinerlös kommt der ÖRBI zugute. Aufgrund des großen Andrangs beim letzten Mal ist eine vorherige Anmeldung unerlässlich. Nähere Infos:

ÖRBI, c/o Ornette, Telefon (0222) 402 69 55 (Montag 12 bis 14 Uhr, Dienstag ab 17 Uhr, Freitag 10 bis 12 Uhr)•

bezahlte Anzeige:

BAD MUSIC FOR BAD PEOPLE

WHY
NOT
VERSAND IN ALLE
BUNDESLÄNDER



LPs - CDs - 12" VIDEOS - POSTER
INDEPENDENT, WAVE, METAL
KOSTENLOSE LISTE ANFORDERN!

WHY NOT SCHALLPLATTEN
1070 WIEN, KIRCHENGASSE 3,
☎523 79 00 MO.-FR. 10^h-18^h SA. 10^h-12^h

Das TATblatt

ist ein 14-täglich erscheinendes selbstveraltetes Informations- und Diskussionsorgan. Unser Ziel ist es aber nicht, irgendwelchen mystischen Objektivitäts- oder Ausgewogenheitsgeboten zu entsprechen.

Ein Medium ist immer nur ein Medium derer, die in ihm als Handelnde vorkommen! In bürgerlichen Medien handeln Unternehmer, Hausbesitzer, Regierungsmitglieder oder in deren Vertretung Polizei und Militär. Jene aber, die gegen menschenverachtende Projekte und Politik Widerstand leisten, die werden geräumt, werden geprügelt und werden festgenommen; kommen also nur als passiv Erduldende und Erleidende vor, ohne eigenen Antrieb (ferngesteuert) und vor allem ohne politische Bedeutung (ohnmächtig).

Im TATblatt, und das soll der Name zum Ausdruck bringen, handeln jene, die Straßen blockieren, Häuser besetzen, ... eben Widerstand leisten. Und diese sollen am Besten auch gleich selbst und ganz und gar subjektiv von ihrem Handeln berichten.

Auch die Antworten zu Fragen über Für und Wider von Basislohn, Militanz, Volkszählung usw. usf. werden wir uns nicht aus gebundenen Büchern heraussuchen können; die müssen wir uns schon selbst suchen: Also miteinander debattieren und streiten lernen. Der Platz dazu soll im TATblatt sein.

Das TATblatt ist ein Projekt in Entwicklung. Nicht nur die Rechtschreibfehler und die gegen Null laufende Nummerierung deuten darauf hin. Welche aber Rechtschreibfehler, die Suche nach einem eigenen Schreibstil oder die Auseinandersetzung mit widersprüchlichen Meinungen nicht abschreckt, die können an der Entwicklung eines unabhängigen linken Zeitungsprojekts mitarbeiten.

Das TATblatt-Kollektiv:

TATblatt-Wien: 1060 Wien, Gumpendorferstraße 157/11; Telefon: (0222) 56 80 78; Plenum: jeden Donnerstag um 18 Uhr



...im Abo:

Ein TATblatt-Abo kostet S 140,— für 10 Ausgaben oder S 270,— für 20 Ausgaben, sofern deine Postanschrift innerhalb Österreichs liegt. Außerhalb dieser Grenzen kostet ein 10-Nummern-Abo S 200,—. Zusätzlich gibt es die Möglichkeit, durch freiwillig erhöhte Abogebühren das TATblatt finanziell zu unterstützen.

TATblatt-Abos beginnen an dem Zeitpunkt zu laufen, zu dem die Abogebühren bei uns eingelangt sind (und zwar ausnahmslos!) Also: Wenn du abonnieren willst, so zahle möglichst rasch den beiliegenden Erlagschein ein. Falls keiner beiliegen sollte, so überweise das Geld auf P.S.K. 7547 212; Empfängerin „Unabhängige Initiative Informationsvielfalt“ eintragen! Das Abo endet automatisch nach Auslieferung von 10 oder 20-Ausgaben, wenn es nicht rechtzeitig durch Neu-Einzahlung verlängert wird.

P.b.b. Verlagspostamt 1060 Erscheinungsort Wien

Achtung AbonnentInnen! Die im Adreßpfeiler unterhalb deines Namens in doppelter Klammer angegebene Zahl ist die Nummer jenes TATblatts, die du als letzte im Rahmen deines Abos zugeschickt bekommst, wenn du nicht rechtzeitig verlängerst!

Impressum:

Medieninhaberin, Herausgeberin, Herstellerin und Verlegerin:
Unabhängige Initiative Informationsvielfalt; 1060 Wien; Gumpendorferstraße 157/11
Telefon: NEUNEUNEUNEUE! (0222) 568078 Konto: P.S.K. 7547 212
DVR Nr. 0558371

Druck: Eigendruck

Redaktionelle Beiträge sind als solche gekennzeichnet. LeserInnenbriefe und nicht als redaktionell bezeichnete Beiträge geben nicht die Meinung der Redaktion, sondern die der Schreibin oder des Schreibers wieder.

Weltwirtschaftsgipfel: Nach Ansicht von Bayerns Innenminister Stoiber (CSU) stellt der Weltwirtschaftsgipfel in München die deutschen Sicherheitskräfte vom 6. bis 8. Juli vor ihre „größte Bewährungsprobe“. Die „linksextremistische Szene“ im In- und Ausland bereite seit längerem Protestveranstaltungen vor. Der Gipfel biete auch der Rote Armee Fraktion ein Angriffsfeld, fürchtet er.

...und im Einzelnen:

(und der wäre doch die meiste Mithraie gewesen!)

WIEN 1: ● BH Kollisch (Rathausstraße 18) ● BH Südwind (Kleeblattgasse 4) ● BH Winter (Landesgerichtstraße 20) ● Zeitungskiosk R. A. Keream (Kärntnerortpassage — beim U4-Abgang) ● BH Zentralbuchhandlung (Stephansplatz) WIEN 2: ● BH Rive Gauche (Taborstraße 11b) WIEN 3: ● Bauern/BäuerInnenhof-Produkte-Direktverkauf „Unser Laden“ (Apostelgasse 17) WIEN 6: ● BH/Platten VKA (Stiegegasse 20) ● Beisl KuKu (Linke Wienzeile 98) ● Platten Rave Up (Hofmühlgasse 9) WIEN 7: ● Platten Why Not (Kirchengasse) WIEN 8: ● EZA (Lerchenfelderstraße 18-24) ● Bio Makrokosmos (Strozzigasse 38) WIEN 9: ● BH Buchwelt (Schwarzspanierstraße 15) ● BH Reisebuchladen (Kollingasse 6) WIEN 16: ● Beisl Cl; Payergasse 14) ● Beisl B.A.C.H. (Bachgasse 21)
GRAZ: ● Friedenswerkstatt (Paulustorgasse 3) ● Dradiwaberl-Antiquariat (Zinzendorfergasse) ● Bücherstube (Prokopigasse 16)
LINZ: ● Alternativladen (Zollamtsstraße 20) ● BH Alex (Hauptplatz)
INNSBRUCK: ● Am Haven (Innrain 157) ● Utopia (Tschamlerstr. 3)
SCHWERTBERG: ● Kulturverein KANAL (Joseftal 21)

Änderungen vorbehalten! Stand Juni 1992